



FrauenStärken leben

**Mit Vielfalt und Beteiligung
Zukunft gestalten**

Dokumentation der
landesweiten Auftaktveranstaltung und
ausgewählter Veranstaltungen der
18. Brandenburgischen Frauenwoche

Potsdam - März 2008

FrauenStärken leben

**Mit Vielfalt und Beteiligung
Zukunft gestalten**

Dokumentation der
landesweiten Auftaktveranstaltung und
ausgewählter Veranstaltungen der
18. Brandenburgischen Frauenwoche

Potsdam - März 2008



Impressum:

Herausgegeben vom
Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam
Fon 0331/280 35 81, Fax 0331/24 00 72
Mail FrauPolRat@t-online.de, www.frauenrat-brandenburg.de

Redaktion: Textur – Büro für Text und Kultur / textur-buero@web.de

Fotos: Simone Ahrend sah.photo, Landesregierung, privat

Layout: www.arnedesign.de / ines.arnemann@t-online.de

Druck: Chromik Offsetdruckerei, Frankfurt (Oder)

Redaktionsschluss: 10. Juli 2008

Gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Familie des Landes Brandenburg

FrauenStärken leben – Mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten Grußwort der Ministerin Dagmar Ziegler	4
Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen Uta Kletzing, Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft	7
Handlungsmöglichkeiten und -grenzen im kommunalen Raum und Beteiligung von Frauen Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene	12
„World Café“ – Miteinander im Gespräch Ergebnisse der Auftaktveranstaltung	20
Aufruf Frauen in die Kommunalpolitik!	23
Presse-Echo Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen im Rahmen der 18. Brandenburgischen Frauenwoche	24
1000 Frauen für den Frieden Ausstellung	27
Ausgewählte Veranstaltungen	28
Resümee	32

Grußwort

FrauenStärken leben – Mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten

Liebe Frauen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wieder ist es März. Zeit für Brandenburgs „Frauenwoche“. Im März werden eben nicht nur die Bauern aktiv, sondern auch die Frauen – was nicht heißt, meine Damen, dass wir es nicht auch in den anderen Monaten wären! Aber im März eben ganz besonders; und in diesem Jahr bereits mit der 18. Frauenwoche! Herzlichen Dank Ihnen, liebe Frau Stüber, und Ihnen, lieber Herr Werner, für die Einladung zur heutigen Auftaktveranstaltung. Ich freue mich, hier zu sein und grüße Sie namens der brandenburgischen Landesregierung herzlich.

Heute geben wir das Signal für eine interessante Woche im ganzen Land. Für Frauen und mit Frauen. Aber natürlich auch vor allem für Männer und für alle, die ein lebenswertes Land für Familien und Kinder wollen. Und wer wollte das wohl nicht?! Wieder wird es eine Fülle interessanter Veranstaltungen geben, mit Foren, Diskussionsrunden. Sie machen deutlich, wie wichtig es ist, dies einmal im Jahr ganz konzentriert zu tun. Auch das diesjährige Programm belegt eindrucksvoll, dass die dafür vom MASGF bereit gestellten Mittel - ca. 40.000 Euro - gut eingesetzt sind. Ich danke allen herzlich, die sich in Vorbereitung und Durchführung der vielen Veranstaltungen engagiert haben. Sie werden uns Kraft geben, um mit frischem Elan an die nächsten Aufgaben zu gehen – da bin ich ganz sicher.

Wir sind so vermessen, in diesen Tagen unsere Forderungen, unsere Wünsche und Bedürfnisse besonders nachdrücklich einzubringen. Und sagen auch, was wir tun wollen und tun können, damit sie wahr werden. Kurz: Wir wollen unsere Stärken zeigen – wie es auch das diesjährige Motto sagt. Unsere Stärken, die wir auf eine vielfältige Beteiligung richten. Und wollen sagen, was nötig ist, damit diese Stärken auch zum Tragen kommen können.

Längst ist unsere Frauenwoche zum festen Bestandteil der frauen- und gleichstellungspolitischen Arbeit im Land geworden. Auch nach fast zwei Jahrzehnten hat sie an Aktualität nichts eingebüßt. Noch immer gilt es, in vielen Lebensbereichen Gerechtigkeit und gleiche Chancen einzufordern. Gewiss, die Gesellschaft hat verstanden und vieles auf den

Weg gebracht, das Frauen und Müttern den Alltag erleichtert und sie umfassender teilhaben lässt. Gewiss, Männer sind einsichtiger und umsichtiger geworden und nutzen ihre Chancen, sich z.B. mehr an Kindererziehung zu beteiligen. Aber, Diskriminierung lauert immer noch – denken wir an Entlohnung, an Aufstiegschancen, an doppelte Belastung durch Beruf und Familie. Wir haben da nach wie vor noch genug zu tun und allen Grund, unsere Interessen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Ich meine, das diesjährige Motto hätte nicht besser gewählt werden können: „FrauenStärken leben – mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ – das liest sich wie ein Programm. Frauen zu stärken, sich ihrer Stärken bewusst sein – das verstehe ich als Handlungsmaxime, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zielstrebig voranzubringen. Dies auch ganz im Sinne des EU-Fahrplans, mit dem bis 2010 diese Gleichstellung umgesetzt werden soll. Was wohl nicht heißen wird, dass dann ab 2011 alles „paletti“ ist. So wird es nicht sein, und wir werden weiterhin hartnäckig und zielgerichtet dicke Bretter bohren müssen ...

Fest steht: Brandenburg ist auf einem guten Weg. Vieles steht dafür – wie z.B. auch dies: 2007 haben wir in der Landesverwaltung das Gender-Mainstreaming-Prinzip eingeführt; im Herbst 2008 ziehen wir eine erste Zwischenbilanz. Als die Kommunalverfassung novelliert wurde, haben wir - bei kräftigem Gegenwind - mit vereinten Kräften dafür gesorgt, dass der gesetzliche Standard bei den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten aufrechterhalten blieb; das muss in den Kommunen nun auch tatsächlich umgesetzt werden. Im Doppelhaushalt 2008/2009 ist es gelungen, die Mittel für die frauenpolitische Arbeit und für Projekte unverändert festzuschreiben. Damit ist die Förderung in den nächsten zwei Jahren gesichert – für die Frauenverbände jährlich fast 170.000 Euro; für die Frauenhäuser jährlich 900.000 Euro; für „Bella Donna“ jährlich 113.000 Euro. Das ist eine gute Basis für eine qualifizierte frauenpolitische Arbeit in diesen Bereichen.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, im Juni einen Bericht zur Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik im Land Brandenburg



*Grußwort der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
des Landes Brandenburg und Landesgleichstellungsbeauftragten
Dagmar Ziegler zur Auftaktveranstaltung am 6. März*

vorzulegen. Das werden wir tun. Wir werden uns kritisch mit der Situation von Frauen in Brandenburg auseinandersetzen und genau hinsehen, wo Frauenrechte diskriminiert werden. Aus der Analyse werden wir dann Perspektiven für unsere zukünftige Frauen- und Gleichstellungspolitik ableiten. Dabei bleibt es für uns eine vorrangige Aufgabe, die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen. Es geht ja auch voran. Doch nach wie vor sind Frauen besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und wir müssen gerade auch ihnen Chancen, wieder ins Berufsleben einzutreten, eröffnen. Deshalb begrüße ich das Bundesprogramm zur Förderung zusätzlicher Arbeitsplätze, die in Regionen mit hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit von den Kommunen geschaffen werden – die sogenannten „Kommunal-Kombi“. In meinen Gesprächen in den Landkreisen werbe ich immer wieder dafür, die Möglichkeiten dieses Programms vor allem auch zu nutzen, um Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen.

Unser Arbeitsmarktprogramm richtet sich auf Chancengleichheit. Es orientiert auf die weiblichen Potenziale und kalkuliert ein, wie Frauen in Brandenburg leben. Anders als in anderen Bundesländern, stehen bei uns ja viel mehr Frauen im Beruf. Häufig leisten sie das Gleiche wie ihre männlichen Kollegen – und dennoch erhalten sie immer noch weniger Lohn als diese. Zudem arbeiten Frauen häufiger Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt, was ihnen weder die eigenständige Existenzsicherung noch den beruflichen Aufstieg ermöglicht. Das ist ein Unding – und allein auf diesem Feld müssen wir weiter energisch ackern. Auch deshalb setze ich mich – als Sozialdemokratin und zuständige Ministerin – für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Diese Forderung müsste für alle selbstverständlich sein, die das Armutrisiko von Frauen, von Kindern, von Familien verringern wollen.

Meine Damen und Herren, was die weibliche Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben oder auf den Führungsetagen der Wirtschaft betrifft – da haben wir in Brandenburg deutlichen Nachholebedarf. Frauen sind in den Parteien und Parlamenten unterrepräsentiert, engagieren sich in Gremien und Vereinen viel seltener. In den höchsten Regierungsämtern sind Frauen immer noch Exotinnen: Wir sind drei Ministerinnen; wir haben keine Staatssekretärin, keine Landrätin und nur eine Oberbürgermeisterin. Und nur 12 Prozent der 400 Bürgermeisterämter im Land sind in weiblicher Hand; und in der Wirtschaft ist nur etwa jede dritte Führungskraft weiblich.

Keine Frage: Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Kreative, weitsichtige, tatkräftige Frauen gibt es überall. Sie brauchen Stärkung, Motivation, Mut, damit sie sich einbringen, mitmischen, Verantwortung übernehmen. Im Jahr der Kommunalwahlen muss es gelingen, mehr Frauen in kommunale Ämter zu bringen. Ihre Mitarbeit in den kommunalen Parlamenten ermöglicht ihnen, politisch Einfluss zu nehmen, Entwicklungen zu gestalten, Macht auszuüben. Derzeit ist nicht einmal jedes vierte Kreistagsmandat von einer Frau besetzt; ähnlich ist es in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen.

Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass dies ab September besser wird! Was können und müssen wir dafür tun? Wie können wir die potenziellen Kandidatinnen besser unterstützen? Wie sie ermuntern, sich aktiver zu beteiligen und ihre Kandidatur als Chance für alle Frauen zu begreifen? Frauen neigen ja leider häufig dazu, nicht zu Markte zu tragen, was sie Herausragendes leisten. Sie brauchen also Ermutigung, damit sie ihre Zweifel, ihre Befürchtungen abbauen. Kurz: Es gilt, ihre Stärken zu stärken und zu zeigen, was sie können.

Es ist sicher nicht einfach, für ein politisches Amt zu kandidieren. Es gilt, dabei viele Aspekte zu berücksichtigen. Dafür spricht der Wunsch, etwas in seiner Gemeinde, seiner Stadt

Grußwort

FrauenStärken leben – Mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten

verändern zu wollen, Entscheidungen und Lösungen mitzutragen. Dagegen sprechen die Befürchtungen, ein solches Amt sei zu belastend, zu zeitraubend, zu anspruchsvoll. Ja, das stimmt ja auch – das alles ist es, meistens jedenfalls. Doch können nicht auch hierfür Lösungen gefunden werden? Praktikable Lösungen, die dazu beitragen, Familie, Beruf, politisches Amt besser unter einen Hut bringen zu können? Um solche Lösungen müssen wir uns alle gemeinsam mehr bemühen. Ich denke z.B. an die Gestaltung von Versammlungszeiten, an Angebote zur Kinderbetreuung, die Wahl der Versammlungsorte, die Organisation der Anreisen. Wir sollten hier die Wünsche der Frauen mit den realen Möglichkeiten besser abstimmen und ihrer Kreativität mehr Raum für innovative Lösungen geben. Davon profitieren vor allem die Frauen selbst – doch selbstverständlich auch die Familien und somit auch die Männer.

Natürlich müssen wir – neben dem Werben für das persönliche politische Engagement – Frauen auch stärker motivieren, sich an der Wahl zu beteiligen. Bei den letzten Kommunalwahlen 2003 hat nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Mit solchem Wahlverdruss beschneidet man sich seiner Möglichkeiten kommunaler Lebensgestaltung. Machen wir den Frauen also stärker bewusst, dass ihre Stimme wichtig ist, denn sie beeinflussen die Zusammensetzung der Kommunalparlamente. Wer verändern will, muss wählen gehen.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten in unserem Land, sich aktiv und engagiert am politischen Geschehen zu beteiligen, es zu beleben und zu entwickeln. Diese Vielfalt sollten wir besser nutzen – selbstverständlich unter Berücksichtigung weiblicher Biografien und Lebensentwürfe. Um die Vielfalt unseres Lebens noch wirksamer zu befördern, werde ich in Kürze für das Land Brandenburg die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnen. Es geht um Chancengleichheit für alle, um ein Klima gegenseitiger Akzeptanz und des vorurteilsfreien Umgangs – unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung. Das alles umzusetzen, bleibt mühsam – aber es lohnt, hartnäckig am Ball zu bleiben.

Abschließend ein paar Worte zum „Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs“, zu dem die EU das Jahr 2008 erklärt und unter das Motto „Vielfalt gemeinsam leben“ gestellt hat. Auch dies gehört dazu, wo es um „FrauenStärken“ geht und Brandenburg ist daran beteiligt. Das ganze Jahr finden landesweit Veranstaltungen statt – bei uns unter dem Motto: „Interkulturalität als Motor für Bildung und Wissenschaft – Bildung und Wissenschaft als Motor für Interkulturalität“. Im Oktober werden wir dazu ein einwöchiges Festival – das „Zukunftslabor“ – veranstalten. Damit wollen wir vor allem an die jungen Menschen ran, sie stärker für den interkulturellen Dialog sensibilisieren und allen einen Raum geben, zu den vielfältigen Aspekten menschlichen Zusammenlebens ins Gespräch zu kommen.

Meine Damen und Herren,
auch unser heutiger Auftakt der „Frauenwoche 2008“ wird Frauen motivieren, sich einzumischen, mehr für ihre Rechte und Interessen zu streiten – wie es die ganze „Frauenwoche“ tun wird. Es geht ja gleich weiter mit einem Referat, wie Frauen an politischen Entscheidungen partizipieren und der anschließenden Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen weiblicher Teilhabe im kommunalen Raum. Ich wünsche Ihnen dafür eine interessante, offene Diskussion. Nehmen Sie viele Anregungen mit in den Alltag und helfen Sie mit, die „FrauenStärken“ zu stärken! Viel Erfolg!



*Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
und Landesgleichstellungsbeauftragte
des Landes Brandenburg*

Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen

Uta Kletzing



Uta Kletzing, Jahrgang 1975, leitet den Bereich Politik und Verwaltung an der EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft. Sie ist Diplom-Psychologin und hat berufsbegleitend einen Master of Public Policy an der Hertie School of Governance absolviert. Aktuell leitet sie ein Projekt zu „Frauen in der Kommunalpolitik“, welches die EAF gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchführt.

Es war Anfang der 90er Jahre die Besetzung einer politischen Führungsposition, die Anlass für die Gründung der „EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft“ wurde. Für eine Kampagne, die Hildegard Hamm-Brücher bei der Wahl zur Bundespräsidentin unterstützen sollte, schlossen sich Barbara Schaeffer-Hegel, emeritierte Professorin und heutige Vorstandsvorsitzende der EAF, und Helga Lukoschat, ehemalige taz-Redakteurin und heutige Geschäftsführerin der EAF, mit anderen Frauen zusammen, um die Teilhabe von Frauen in Politik und Wirtschaft voran zu treiben.

Frau Hamm-Brücher wurde damals nicht zur Bundespräsidentin gewählt. Damit die Chancen dafür bei kommenden Wahlen besser stünden, riefen die EAF-Gründerinnen gemeinsam mit einem Kuratorium und einem Förderverein aus bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens 1996

die EAF ins Leben. Seitdem bringt die EAF die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen sowie die Vereinbarkeit von Karriere und Familie für Frauen und Männer in Politik und Wirtschaft durch Beratung, Forschung, Programme und Agenda-Setting systematisch voran.

Mit einer Bundeskanzlerin an der Spitze des Staates und zahlreichen Frauen in herausragenden Positionen in Politik, Verwaltung und in den Medien ist in der Gleichstellung inzwischen einiges erreicht. Jedoch noch nicht genug. In Bundes- und Landespolitik können sich die Frauenanteile zunehmend sehen lassen. In der Bundesregierung sind es aktuell 36 Prozent Ministerinnen – wenn auch, abgesehen von der Justizministerin, in den eher klassischen weiblichen Ressorts wie Familie, Gesundheit, Bildung und Entwicklungszusammenarbeit. Im Bundestag gibt es aktuell 32 Prozent weibliche Abgeordnete, wobei der Frauenanteil je nach Fraktion sehr schwankt: Bündnis 90/Die Grünen hat mit 57 Prozent den höchsten, die CDU/CSU-Fraktion mit 20 Prozent den geringsten Frauenanteil.

Im Vergleich dazu sind Frauen in kommunalpolitischen Mandaten und Spitzenpositionen deutlich geringer repräsentiert. Eigene Analysen der EAF, die auf Zahlen des Deutschen Städtetages¹ basieren, sowie eine aktuelle Studie² ergeben, dass nur ca. 15 Prozent aller Oberbürgermeisterämter und ca. 5 Prozent aller Bürgermeisterämter mit Frauen besetzt sind. Kommunalpolitische Ehrenämter wie beispielsweise Stadt- und Gemeinderatsmitgliedschaften werden nur zu ca. 25 Prozent von Frauen ausgeübt.

Allerdings schwankt der Frauenanteil sehr: Auch im Jahr 2008 gibt es noch Städte und Gemeinden, in deren Rat keine einzige Frau sitzt. In Städten über 500.000 Einwohner/innen liegt der Frauenanteil dagegen sogar bei ca. 38 Prozent. Auch hier spielt die Parteienzugehörigkeit wieder eine entscheidende Rolle: Bei Bündnis 90/Die Grünen liegt

¹ Es handelt sich um eine unveröffentlichte Zusammenstellung des Deutschen Städtetages aus dem Jahr 2006. Die Daten basieren auf den Ergebnissen einer Umfrage bei 1372 Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern und 1 Mitgliedsstadt des Deutschen Städtetages unter 10.000 Einwohnern. Insgesamt ergab die Recherche nach Zahlen, dass die Datenlage zu Kommunalpolitikerinnen sehr unterentwickelt ist und hier dringender Handlungsbedarf besteht.

² vgl. Bertelsmann-Stiftung / Deutscher Städtetag / Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008)

Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen

Uta Kletzing

der Frauenanteil bei den Stadt- und Gemeinderäten bei ca. 40 Prozent, die Stadt- und Gemeinderätinnen der FDP sind dagegen nur zur 18 Prozent Frauen.

Diese Zahlen und die bevorstehenden Jubiläen 90 Jahre Frauenwahlrecht (November 2008) und 60 Jahre Grundgesetz (Mai 2009) haben die EAF veranlasst, gemeinsam mit dem BMFSFJ von September 2007 bis Juni 2009 ein Projekt zur Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik durchzuführen.

Es ist ein guter Zeitpunkt, das Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“ auf die gesellschaftliche Agenda zu setzen. Seit einigen Jahren gerät hier etwas in Bewegung³. Einerseits wird in Diskursen zum Thema „Governance“ betont, dass außerparlamentarische Kräfte wie der privatwirtschaftliche Sektor und die Zivilgesellschaft eine zunehmend wichtige Rolle für (gesellschafts-) politische Gestaltung innehaben. Konzepte wie „Bürgerkommune“ und Kommunalpolitik als „Schule der Demokratie“ weisen auf den besonderen Stellenwert gerade der kommunalen Bürgerbeteiligung als zentraler Säule von Demokratie in unserem Land hin.

Andererseits zeichnen sich Tendenzen der „Politikverdrossenheit“ und „Parteienverdrossenheit“ ab, die für die Abnahme des allgemeinen Interesses an gesellschaftspolischem Engagement – zumindest in den alt hergebrachten politischen Strukturen – stehen. Der demografische Wandel verschärft diesen Nachwuchsmangel in politischen Parteien noch: Längst übersteigt die Sterberate hier den Zulauf von jungen Menschen, die sich politisch engagieren möchten. Wir stehen also vor einem Dilemma: Breit gefächerte politische Teilhabe wird zwar immer wichtiger, politisches Engagement wird jedoch immer unattraktiver. Was tun? Politik und insbesondere das politische Ehrenamt muss sich professionalisieren. Das bedeutet: Politische Strukturen müssen repräsentativer und moderner werden. Die Professionalisierungsdebatte ist ein wunderbarer Nährboden, um der Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik die gebührende Aufmerksamkeit und gewisse Erfolgchancen einzuräumen. So lange im Bundestag, in Landtagen und in Stadt- und Gemeinderäten Männer in der Überzahl sind, repräsentieren diese Gremien nicht die tatsächliche Zusammensetzung der Bevölkerung. Das ist nicht nur ein Demokratiedefizit. Politik



Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen

Uta Kletzing

wird auch glaubwürdiger und damit attraktiver, wenn sie von Männern und Frauen gemacht wird, die wiederum (unterschiedliche) Alters- und Berufsgruppen sowie Lebens- und Familiensituationen möglichst vielfältig repräsentieren. Professionalisierung bedeutet hier, Zugangsbarrieren für die bisher unterrepräsentierten Gruppen zu beseitigen und deren politische Teilhabe gezielt zu fördern.

Dadurch eröffnet sich auch die Chance, dass politische Entscheidungen nachhaltiger werden. Angesichts angespannter öffentlicher Haushalte und des komplexen Zusammenspiels gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen ist die Schwierigkeit, „gute Politik“ zu machen, und der Anspruch an diejenigen, die politische Ämter übernehmen, deutlich gestiegen. Heutzutage kompetente politische Entscheidungen zu treffen, bedeutet vor allem, die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen auf die unterschiedlichen Zielgruppen politischer Maßnahmen differenziert abzuschätzen und dadurch Benachteiligungen zu verhindern. Das gelingt am besten, wenn die Betroffenen mit am Tisch sitzen und am Entscheidungsprozess mitwirken können. „Politik kann nur so gut sein wie die Menschen, die sie machen.“⁴ Die Professionalisierung des politischen Ehrenamtes bedeutet aber auch, dass politische Strukturen sich modernisieren müssen. Die Zeiten tradierter Geschlechterrollen und stringenter (politischer) Karrierewege sind vorbei. Heute muss politisches Engagement für Frauen und Männer mit anderen Lebensbereichen vereinbar sein und sich die Zeitinvestition für die engagierte Person lohnen – auch ohne Aussicht auf eine politische Karriere. Ehrenamtliche politische Arbeit muss auch neben einer beruflichen Tätigkeit und familiärer Fürsorgeverantwortung möglich sein. Und politisches Engagement muss die Chance bieten, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden. Es sollte von den Engagierten als etwas wahrgenommen werden, was die persönliche Entwicklung voran bringt und Freude bereitet, um sich im Konkurrenzkampf mit anderen möglichen Freizeitaktivitäten erfolgreich durchzusetzen.

3 vgl. Osner (2008); vgl. Osner (2005)

4 Osner (2008: 4)

5 vgl. Geißel (1999); vgl. Foster/Lukoschat/Schaeffer-Hegel (2000); vgl. Holuscha (1999); vgl. Horstkötter (1989); vgl. Schaeffer-Hegel et al (1998); vgl. Scholz (2004)



Weil die Professionalisierung auf kommunalpolitischer Ebene eng mit der Beteiligung von Frauen zusammenhängt, ist es ein guter Zeitpunkt, das Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“ auf die gesellschaftliche Agenda zu setzen: Zum einen wird Kommunalpolitik nur ihr Nachwuchs- und Repräsentativitätsproblem lösen, wenn auch Frauen in kommunalpolitische Ämter gelangen. Zum anderen birgt der Bedarf nach (weiblichem) politischem Nachwuchs aber auch die Chance in sich, dass die kommunalpolitischen Ämter einen Modernisierungsschub vollziehen: sowohl um sich (auch) für Frauen attraktiv zu machen als auch durch die Art und Weise, wie weibliche Kommunalpolitikerinnen ihr Amt ausüben – mit engem Zeitbudget und ausgeprägtem politischen Gestaltungs- und Veränderungswillen.

Warum sind Frauen in der Kommunalpolitik zahlenmäßig so wenig vertreten? Und was muss passieren, damit es mehr werden? Aktuelle wissenschaftliche Studien dazu sind rar gesät. Forschungen aus den 80er und 90er Jahren sowie Forschung zur Teilhabe von Frauen in Politik und Wirtschaft allgemein schreiben die Barrieren den Frauen selbst, den Strukturen und der Gesellschaft zu.⁵ Demnach fehlt Frauen tendenziell das Vertrauen in sich selbst, dass sie für ein verantwortungsvolles Amt geeignet sind und/oder ihnen erscheinen machtvoll Positionen unter den aktuellen Bedingungen zu wenig reizvoll, um den Kampf mit den „wi-

Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen

Uta Kletzing

drigen Umständen“ aufzunehmen. Diese widrigen Umstände bestehen vor allem darin,

- dass die Selbst- und Fremdwahrnehmung von Frauen hartnäckig von Geschlechterstereotypen, die das Bild von der „entweder Politikerin oder Frau“ prägen, negativ beeinflusst wird,
- dass Frauen die Ausübung verantwortungsvoller Positionen, die in der Regel nicht mit ihrer familiären Zuständigkeit vereinbar sind, erschwert ist,
- dass ein tatsächliches „Zugehörigkeitsgefühl“ und Akzeptanz auf Augenhöhe für Frauen aufgrund der männlich geprägten und zahlenmäßig dominierten politischen Struktur und Kultur schwieriger zu erlangen ist.



Um den Forschungsstand zu den Erfolgsfaktoren des Ein- und Aufstiegs ehren- und hauptamtlicher Kommunalpolitikerinnen zu aktualisieren, führt die EAF derzeit leitfadengestützte Interviews mit Frauen in kommunalpolitischen Ämtern durch. Die Kernfragen der Interviews sind: Was hat Sie motiviert, in die Kommunalpolitik einzusteigen? Welche Faktoren haben Ihren kommunalpolitischen Werdegang begünstigt und erschwert? Was würden Sie empfehlen, damit sich künftig mehr Frauen kommunalpolitisch engagieren? Die Ergebnisse des Forschungsprojektes werden im Frühjahr 2009 in einer Publikation veröffentlicht.

Um den Frauenanteil in Stadt- und Gemeinderäten mittelfristig zu erhöhen, führt die EAF außerdem eine Kampagne

durch. Diese soll für Kommunalpolitik als attraktives Feld des politischen Engagements werben und den Anteil von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern und Mandaten erhöhen. Die Kampagne startet mit einer Auftaktveranstaltung im September 2008 und läuft bis Juni 2009. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien sollen am Beispiel ausgewählter Kommunen mit Events und Aktionen Frauen für die Kommunalpolitik gewonnen werden und so die Anzahl von Bewerberinnen für Mandate erhöht werden.

Flyer, Plakate, Aufkleber, Postkarten und Medienpräsenz sollen auf die Kampagne aufmerksam machen. Eine Broschüre mit Porträts erfolgreicher Politikerinnen, die über ihre Werdegänge und Erfahrungen berichten und glaubwürdig dafür einstehen, dass sich politisches Engagement lohnt, beschreibt anschaulich, wie der Alltag in der Kommunalpolitik aus unterschiedlichen Perspektiven aussehen kann.

Eine interaktive Kampagnen-Website soll informieren, motivieren und mobilisieren, und bietet interessierten Frauen darüber hinaus die Möglichkeit, sich zu vernetzen. Regionale Workshops für Multiplikatorinnen aus Vereinen, Organisationen und Verbänden bieten Unterstützung, Frauen aus den eigenen Reihen auch über den Kampagnenzeitraum hinaus für die Kommunalpolitik gewinnen zu können.

In der Debatte um „Frauen und Politik“ ist es unerlässlich, auch über das Thema „Frauen und Macht“ zu sprechen. Frauen fällt es nach wie vor schwer, ein selbstverständliches oder gar positives Verhältnis zu Macht zu entwickeln. Für viele Frauen ist Macht negativ besetzt: Macht korrumpiert, Macht macht einsam, Macht ist männlich...

Hannah Arendt hat sich in den 80er Jahren intensiv mit den Fragen politischer Macht beschäftigt und in der Unterscheidung zu Herrschaft und Gewalt eine positive Vorstellung von Macht entwickelt. Diese hat in den vergangenen Jahren eine Renaissance erlebt - gerade bei feministischen Theoretikerinnen. Ich möchte meinen Vortrag mit einem Zitat von ihr beschließen:

„Macht ist immer ein Machtpotenzial und nicht etwas Unveränderliches, Messbares, Verlässliches wie Kraft oder Stärke. Macht besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammen handeln und sie verschwin-

Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungspositionen

Uta Kletzing

det, sobald sie sich wieder zerstreuen. Wer, aus welchen Gründen auch immer, die Isolierung sucht und an diesem Zusammen nicht teilhat, muss zumindest wissen, dass er auf Macht verzichtet und die Ohnmacht gewählt hat, ungeachtet dessen, wie groß seine individuelle Stärke und wie gut seine Gründe sein mögen.“⁶

Hannah Arendt weist einen Weg, den Machtmythos ein Stück weit zu entlarven. Macht ist aus ihrer Sicht nicht per se etwas Gutes oder Böses – sondern etwas Neutrales. Es ist eine Berechtigung bzw. ein Potenzial, die bzw. das einem Menschen gegeben wird, Dinge zu beeinflussen und Entscheidungen zu treffen. Macht entsteht aus ihrer Sicht – und sie bezieht sich dabei sowohl auf die griechische Polis als auch auf die amerikanische Revolution im 18. Jahrhundert – durch das gemeinsame Handeln von Menschen. Mächtig ist, wer von einer Gruppe von Menschen ermächtigt ist, in ihrem Namen zu sprechen. Macht existiert so lange, wie Menschen bereit sind, ihr zu folgen. Macht ist damit nichts Permanentes. Sie muss Menschen gegeben werden; und sie kann Menschen auch wieder entzogen werden.

Wie man mit dieser Berechtigung bzw. diesem Potenzial umgeht, ist das Entscheidende – nicht dass man sie bzw. es hat. Die Ausübung von Macht ist also gestaltbar durch die Person, die sie innehat. Deshalb bedeutet Macht auch immer Verantwortung.

Wer anstrebt, in eine politische Führungsposition zu gelangen, Entscheidungen zu treffen, für Menschen und Budgets verantwortlich zu sein und seine Umwelt aktiv zu beeinflussen und zu gestalten, muss sich mit der Frage der Macht auseinandersetzen. Und mit den eigenen Werten und Einstellungen dazu.

Natürlich steht es jedem und jeder frei, sich gegen Macht zu entscheiden. Aber Hannah Arendt weist sehr treffend darauf hin, dass man dann einen Weg der Ohnmacht wählt. Damit verzichtet man auf die Berechtigung bzw. das Potenzial, Dinge zu beeinflussen und Entscheidungen zu treffen.

Wer Gesellschaft mit gestalten will, sollte sich den Verzicht auf politische Entscheidungspositionen sehr gut überlegen. In diesem Sinne: Frauen, ran an die (kommunalpolitische) Macht!

Literatur:

- *Arendt, Hannah (1981): Vita Activa oder Vom tätigen Leben, 12. Aufl., München.*
- *Bertelsmann-Stiftung / Deutscher Städtetag / Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008): Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland, Gütersloh.*
- *Foster, Helga / Lukoschat, Helga / Schaeffer-Hegel, Barbara (2000): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, 2. Aufl., Herbolzheim.*
- *Geißel, Brigitte (1999): Politikerinnen – Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene, Opladen.*
- *Holuscha, Annette (1999): Frauen und Kommunalpolitik. Kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg, Konstanz.*
- *Horstkötter, Marianne (1989): Frauen in der Kommunalpolitik. Einflussfaktoren auf die politische Partizipation von Frauen in kommunalen Räten – Eine Regionalstudie, Frankfurt am Main.*
- *Osner, Andreas (2008): Profil eines idealen Ratsmitglieds: Die „Eier legende Wollmilchsau“ – Wie müssen ehrenamtliche Politiker(innen) sein? Was müssen sie können?, in: Handbuch Kommunalpolitik, Raabe Fachverlag für öffentliche Verwaltung.*
- *Osner, Andreas (Hg.) (2005): Personalentwicklung in der Politik. Kommunale Mandatsträger qualifizieren. Politischen Nachwuchs fördern, Gütersloh.*
- *Schaeffer-Hegel, Barbara / Foster, Helga / Lukoschat, Helga / Mersmann, Rita / Ude, Silke / Weber, Ulla (1998): Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, 2. Aufl., Pfaffenweiler.*
- *Scholz, Anja (2004): Oberbürgermeisterinnen in Deutschland – Zum Erfolg weiblicher Führungspersönlichkeiten, Wiesbaden.*

Die **EAF** ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation mit Sitz in Berlin. Sie engagiert sich seit 1996 mit Beratung, Forschung, Programmen und Agenda-Setting in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer ihre Potenziale entfalten und Karriere mit Kindern vereinbaren können. Weitere Informationen finden Sie unter www.eaf-berlin.de.

⁶ Arendt (1981)

Handlungsmöglichkeiten und -grenzen im kommunalen Raum und Beteiligung von Frauen

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene

Monika Gordes,

Städte- und Gemeindebund Brandenburg

Ingrid Kittler,

Bürgerinitiative FREIEHEIDE e.V.

Uta Kletzing, Europäische Akademie für Frauen in Politik
und Wirtschaft (EAF)

Kerstin Hoppe,

Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee

Birgit Uhlworm,

Unabhängige Frauenliste Königs Wusterhausen

Sandra Wieschollek, Moderation

S. Wieschollek: *Wir wollen miteinander ins Gespräch kommen: Über die Aufgaben, die Sie wahrnehmen, über Ihren Weg zu diesem Engagement, über Ihre Ziele, auch über die Erfolge. Wir wollen aber auch darüber nachdenken, warum es so wenige Frauen sind, die sich engagieren. Frau Gordes, Sie arbeiten beim Städte- und Gemeindebund, was macht der und was machen Sie dort?*

M. Gordes: Der Städte- und Gemeindebund in Brandenburg hat sich im Jahr 1990 gegründet. Die Städte und Gemeinden in Brandenburg sind Mitglieder bei uns und die Ämter auch. Wir stellen einmal den Kontakt zur Landesregierung und zum Landtag her. Denn es ist unsere Aufgabe, dass wir die Belange der Städte und Gemeinden gegenüber dem Land vertreten. Wir vertreten die Interessen der Städte und Gemeinden gegenüber dem Land Brandenburg, insbesondere, wenn es neue Gesetze geben soll oder bestimmte Maßnahmen umgesetzt werden sollen, die in den kommunalen Bereich hineinwirken, meistens setzen die Städte und Gemeinden ja die Gesetze um. Und der zweite Part ist, dass wir unsere Mitglieder selbst beraten. Mit Rundschreiben, Informationen, Unterlagen oder Hinweisen informieren wir die Gemeinden darüber, was passiert ist und was sie selbst tun können. Wir informieren, beraten, fördern den Erfahrungsaustausch zwischen unseren Mitgliedern und arbeiten für die kommunale Selbstverwaltung. Ich bin stellvertretende Geschäftsführerin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.

S. Wieschollek: *Sie kennen also die Dame, die neben Ihnen sitzt aus der gemeinsamen Zusammenarbeit? Frau Hoppe, können Sie ganz kurz skizzieren, wo Sie Ihre Aufgaben als Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee sehen?*

K. Hoppe: Das kann man gar nicht so kurz skizzieren. Man ist als Bürgermeisterin zum Einen Chef der Verwaltung und zum Anderen Repräsentant der Verwaltung. Allein die zwei Begriffe zeigen schon, wie umfangreich das Aufgabengebiet ist. Aber das Allerwichtigste ist natürlich eine gut funktionierende Verwaltung, um das große Aufgabenspektrum zu erfüllen und dafür muss man hart arbeiten. Nach mehr als 5 Jahren gemeinsamer Arbeit kann ich sagen, dass wir das geschafft haben.

Bei mir war es in der Tat so, dass man es mir zu Anfang nicht zugetraut hatte. Aber das spornte mich so an, dass ich bereits im Wahlkampf buchstäblich die Straßen auf- und abgegangen bin und am Ende die Wahl gewonnen hatte. Man muss wirklich den Mut haben, man muss Ziele haben und daran festhalten und dann kann man auch etwas bewegen.

S. Wieschollek: *Frau Kittler, Sie kommen von der Bürgerinitiative Freie Heide. Für welche Ziele kämpfen Sie dort, wofür setzen Sie sich ein?*

I. Kittler: Ich nehme mal an, die Bürgerinitiative Freie Heide ist schon vielen im Land Brandenburg bekannt. Denn sie arbeitet seit 15 Jahren im wirklichen Widerstand und leistet diesen gegen die Inbetriebnahme der Prignitz-Ruppiner Heide, die wieder ein Bombenabwurfplatz werden soll in Brandenburg. Und da hat sich natürlich eine ganz große Protestwelle entwickelt. Ich selbst bin 2003 zu dieser Initiative gekommen. Da gab es ein Schlüsselerlebnis. Als ich von Berlin nach Brandenburg gezogen bin, informierte ich mich mehr über brandenburgische Politik und hörte die Lehrerin Annemarie Friedrich, die später die „Großmutter der Freien Heide“ genannt wurde. Ihre Aussagen waren so beeindruckend, dass ich sagte: „Ich lebe jetzt hier, also muss ich mitmachen.“ Dann gab es noch eine Sache. Ein

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene

NATO-Mannöver wurde 2003 angekündigt in unserer Region Nordbrandenburg-Südmecklenburg und da wurden wir vor Fluglärm gewarnt und Tiefflügen und das habe ich dann hautnah erlebt, wie über mein Grundstück in Höhe von 150 Metern Tornados übergedonnert sind. So bin ich 2003 in die Bürgerinitiative eingetreten und jetzt im aktiven Kern und als Vorstandsmitglied tätig. Ich war in meinem ganzen Berufsleben politisch interessiert und auch aktiv.

S. Wieschollek: *Frau Uhlworm, was ist die Unabhängige Frauenliste Königs Wusterhausen – was machen Sie dabei und wie sind Sie zu dem gekommen, was Sie dort machen?*

B. Uhlworm: Ich fühle mich hier als Vertreterin der Frauenlisten, die es auch im Land Brandenburg gibt. Ursprünglich kommt die Idee der Frauenlisten aus Baden-Württemberg. Dort waren die ersten Frauen in den 1980er Jahren aktiv und haben gesagt: Wir wollen die Männerdominanz in den Gemeindevertretungen endlich beseitigen. Gerade Baden-Württemberg ist ja parteipolitisch sehr aufgeteilt und sie haben dann überlegt, was sie machen können und sind dabei auf die Idee der Wählerinnenvereinigungen gekommen. Haben sich also in Wählerinnenvereinigungen zusammengeschlossen und insbesondere in Ellwangen war es dann eine Frau, die Gisela Meier, die als „Mutter der Frauenlisten“ engagiert ist und die es dann nach vielen Jahrzehnten der Männerdominanz geschafft hat, endlich auch Frauen in die Gemeinderäte, Gemeindevertreterversammlungen und Stadträte und Stadtverordnetenversammlungen zu bringen. Das Interessante an den Frauenlisten ist, dass es keine Parteizugehörigkeit gibt, sondern dass die Frauen sich treffen, sich über gemeinsame Ziele verständigen und dann antreten. Und aber auch in ihrer Arbeit unabhängig sind und sich auch sozusagen selbst verwirklichen können. Ich selbst bin zur Frauenliste oder zur Idee gekommen durch den Deutschen Frauenrat. Anfang der 90er gab es hier im Land Brandenburg ein Verbindungsbüro des Deutschen Frauenrates, das gerade vor der Kommunalwahl 1993 Seminare angeboten hat. Und eines der Seminare befasste sich mit Möglichkeiten und Kompetenzen von Frauen. An dem Seminar habe ich teilgenommen und da hat Gisela Meier die Idee der Frauenlisten vorgestellt und die fand ich sehr logisch und für mich nachvollziehbar, weil ich auf keinen Fall in eine Partei gehen und mich dort engagieren wollte. Und wir haben es dann gemeinsam mit der damaligen Gleichstellungsbeauftragten von Königs Wusterhausen



Birgit Uhlworm,

Jahrgang 1960 ist ausgebildete Diplom-Sprachmittlerin und seit 1992 Geschäftsführerin des SHIA-Landesverbandes Brandenburg e.V.. Seit 15 Jahren ist sie Stadtverordnete der Unabhängigen Frauenliste in Königs Wusterhausen.

geschafft, das ganze Prozedere, das notwendig war.

Am 5. Dezember 1993 haben wir dann ein Mandat erreicht, so von Null auf Hundert, und seit 1993 bin ich also Stadtverordnete in Königs Wusterhausen.

S. Wieschollek: *Die Frauenlisten im Land Brandenburg, haben Sie da eine Zahl parat?*

B. Uhlworm: Genaue Zahlen habe ich nicht. Es ist so, dass die Frauen in den Frauenlisten doch oft Einzelkämpferinnen sind, und es nicht schaffen, sich zu vernetzen. Ich weiß aber, dass in Cottbus eine sehr aktive Frauenliste ist, die mittlerweile auch schon Fraktionsstatus erringen konnte. Es gibt in Ludwigsfelde seit den 90ern eine und auch in Frankfurt (Oder) gibt es eine Liste „Frauen für Frankfurt“.

S. Wieschollek: *Frau Hoppe, Sie haben sich nicht für die Frauenliste sondern für die Zugehörigkeit zu einer Partei entschieden. Was hat Sie motiviert, in die Politik zu gehen und eben auch in die Parteipolitik?*

K. Hoppe: Ganz einfach, als einzelne Person können Sie nur wenig bewegen. Man muss sich Mitstreiter suchen. Die Gemeinde Schwielowsee ist unmittelbar vor den Toren Potsdams gelegen und dazu gehören die Ortsteile Caputh,

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene

Geltow und Ferch und ich bin 1993 nach Caputh gezogen. Und da stellte sich die Frage: Was kann ich tun? Ich bin in die Gemeindevertretersitzung gegangen und habe zugehört. Und dann haben mich Menschen berührt, die ich sehr gut fand in ihren Argumentationen und so geht´s, glaube ich, vielen Menschen, dass man dann irgendwo plötzlich Beispiele hat, und dann war es für mich eben so, dass ich mich einer Partei zugeordnet hatte. Das war für mich eine sehr schwierige Phase, weil ich in meinem Leben noch nie in einer Partei war. Da muss man praktisch eine Hemmschwelle überwinden. Dann habe ich mich dazu bekannt und gesagt, „ja, ich gehe in die Christlich-Demokratische Union“. Aber für mich stand fest, wenn man auf einer Gemeindeebene arbeitet und wenn man dort etwas bewirken will, dann kann man nicht Parteipolitik machen. Man muss immer die Sache sehen, man muss immer die Ziele sehen und man muss sehen, dass man den Gemeinderat an seiner Seite hat, dass man die Leute überzeugt von seinen Zielen, von seinen Aufgaben und das, ja, das haben wir, glaube ich, geschafft und das trägt mich seit mehr als fünf Jahren. Als Bürgermeisterin kann ich heute ganz ehrlich sagen, dass es bei uns keine Parteipolitik gibt,

obwohl ich in der CDU bin, sondern eine sachorientierte Politik. Und das ist ein großer Unterschied im Vergleich zur Landes- oder Bundespolitik.

Ein zweiter Grund war, dass ich die Erfahrungen aus der Wirtschaft in die Politik einbringen wollte. Ich kam nicht aus der politischen Ebene, ich bin Bauingenieur von Beruf und hier hatte man täglich Probleme zu bewältigen, Lösungen zu finden, und das hat mich geprägt.

S. Wieschollek: *Sind Sie die einzige Frau als Bürgermeisterin? Oder haben Sie im Gemeinderat noch mehr Frauen?*

K. Hoppe: Also, wir sind 18 Gemeindevertreter und es sind 3 Frauen mit vertreten, 16,6% und ich bin die neunzehnte Stimme und demzufolge die vierte Frau. Und ich bin 2003 durch die Gemeindegebietsreform hauptamtliche Bürgermeisterin geworden und habe viel später erst erfahren, dass es in der Tat sehr sehr wenige Frauen als Bürgermeisterin oder Amtsdirektorin gibt, so wie es hier heute geschildert wurde. Ich kann nur dazu aufrufen, dass viele den Mut haben sollten, diesen Weg zu gehen.

S. Wieschollek: *Frau Gordes, Sie haben nun sozusagen mit allen Kolleginnen Frau Hoppes zu tun, was zeichnet die Frauen in der Kommunalpolitik aus?*

M. Gordes: Ich habe die These, dass Frauen sachlicher diskutieren können und sich mehr der Sache selbst zuwenden und sich nicht so sehr mit ihren eigenen Befindlichkeiten befassen. Frauen unterscheiden sich, glaube ich, da schon von Männern. Sie wollen Dinge organisieren und etwas regeln, etwas umsetzen und suchen Verbündete und kämpfen für die Sache. Bei Männern habe ich festgestellt, dass sie mitunter, wenn sie Kritik hören, zunächst gekränkt sind und versuchen, ihre Stellung zu behalten und das Gesicht zu wahren. Frauen stellen ihre eigene Person eher zurück. Ich möchte auch aufordern, mitzumachen und wollte noch mal an Frau Hoppe anschließen. Ich halte es auch für wichtig, in eine Partei zu gehen und über Parteien zu versuchen, Politik und Kommunalpolitik zu machen. Richtig ist zwar, dass bei den Bürgermeistern in den Kommunen die Parteizugehörigkeit gar nicht eine so große Rolle spielt. Das ist auch bei uns im Verband so. Wir sind zwar im Präsidium nach Parteiproporz besetzt, also nach den Kommunalwahlen bilden wir immer ein neues Präsidium, aber wenn es um die Sache geht, dann interes-



Monika Gordes,

Jahrgang 1959, studierte Rechtswissenschaft in Köln. Von 1998 bis 2000 war sie Referentin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, seitdem arbeitet sie als dessen stellvertretende Geschäftsführerin.

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene

siert es weniger, ob ein Bürgermeister in der CDU, der SPD oder der PDS ist oder zu den freien Wählern gehört.

Ich spreche mich trotzdem dafür aus, mehr in die Parteien zu gehen und die Parteien zu stärken, weil die Kommunen vermehrt die Verbindung zum Landtag und zum Bundestag brauchen. Ich habe häufig den Eindruck, dass in Brandenburg die Verbindung des Landes zu den Kommunen fehlt, dass zu wenig darauf geachtet wird, was die Kommunen wollen, was in den Kommunen gemacht wird. Und eine bessere Berücksichtigung der Kommunalpolitik könnte man über die Verbindung zu den Parteien erreichen. Man könnte erreichen, dass mehr von unten nach oben diskutiert wird, und nicht, das stelle ich bei meiner Arbeit im Verband immer wieder fest, dass Themen von oben, vom Land, nach unten transportiert werden. Wenn gemeint wird, die Kommunen seien verstaubt, muss ich widersprechen. Die Kommunen haben beispielsweise schon vor Jahren neue Steuerungsmodelle eingeführt, führen Workshops durch und entwickeln neue Leitbilder. Kommunen befassen sich mit so vielen Themen und greifen sie häufig als erste auf. Auch die Kommunen in Brandenburg sind modern aufgestellt. Das sollte sich mehr nach oben durchsprechen und dafür wären Parteien geeignet. Ich fände es sehr gut, wenn Frauen sich mehr in Parteien engagieren würden. Trotz aller Parteienverdrossenheit, die es sicher gibt, halte ich es doch für den richtigen Weg, sich einer Partei anzuschließen.

S. Wieschollek: *Mir scheint, Kommunalpolitik wird ganz anders gemacht als das, was wir in den Medien immer kolportiert bekommen, und was uns ja auch so verdrossen macht. Aber das ist in der Hauptsache auch Bundespolitik und weniger Kommunalpolitik?*

K. Hoppe: Ja, das ist ganz klar so. Die Kommunalpolitik lebt von den Menschen. Wir sind sehr nah am Menschen und die kleinsten Probleme müssen gelöst werden. Und daher steht für mich immer im Vordergrund, dass wir nicht sagen, es geht nicht, sondern wir bemühen uns, nach Lösungen zu suchen. Es gelingt natürlich nicht immer zur Zufriedenheit aller, aber das Bemühen ist hier sehr wichtig.

Wir müssen einfach miteinander arbeiten. Und es muss verständlich für unsere Menschen sein. Vieles wird von der Bundes- bzw. Landesebene heruntergebrochen und hier ist wichtig, dass wir unsere Eigenständigkeit bewahren.

Speziell meine ich, wenn auf der Bundes- oder Landesebene

Entscheidungen getroffen werden, dann habe ich auch jetzt mittlerweile den Mut, diese Dinge zu hinterfragen, vielleicht auch einiges in Frage zu stellen. Manches geht nicht so einfach und dann sage ich manchmal, dass ich einmal tauschen möchte. D.h., dass aus der Bundesebene die Verantwortungsträger für vier Wochen Bürgermeister sein sollen und ich arbeite z.B. im Bundestag. So könnte man voneinander lernen und vielleicht das Verständnis füreinander wecken, da wir praktisch jeden Tag neue Gesetze, neue Verwaltungsvorschriften in die Tat umsetzen müssen. Manchmal schneller, als wir überhaupt denken können.

Und hier habe ich sehr schätzen gelernt, dass wir mit den Kollegen vom Städte- und Gemeindebund gemeinsam nach Lösungen und Wegen für die Praxis suchen können.

Aus der kommunalen Ebene entstehen die Initiativen so, wie heute hier geschildert die Unabhängige Frauenliste, die Bürgerinitiative und vieles mehr.

Von oben herab kann man nicht arbeiten. Das geht nicht. Das Wichtigste bei uns sind die Menschen, die dort leben und auch diejenigen, die sich entscheiden, jawohl, wir ziehen nach Schwielowsee, weil es dort schön ist.

S. Wieschollek: *Frau Kittler, wie sehen Sie das aus ihrer Perspektive?*

I. Kittler: Wir haben als Bürgerinitiative ein Ziel, nämlich die friedliche Nutzung der freien Heide. Und das ist ein Ziel und an dem arbeiten viele Menschen, egal welcher Weltanschauung oder welcher Partei sie angehören. Wir haben ein Ziel und daran arbeiten wir gemeinsam. Wir machen den politischen Druck von unten, auch durch Lobbyarbeit, vom Kommunalparlament bis zum EU-Parlament. Und es ist uns gelungen, in unserer 15-jährigen Arbeit die Landesregierung Brandenburgs mit ins Boot zu nehmen. Sie steht hinter uns. Und zu unseren Veranstaltungen kommt Matthias Platzeck, er redet und er macht uns auch immer wieder Mut.

S. Wieschollek: *Fühlen Sie sich auch wahrgenommen?*

I. Kittler: Die Bürgerinitiative „Freie Heide“ ist in ganz Brandenburg und auch schon bundesweit bekannt, die 15 Jahre intensive Arbeit waren nicht umsonst. Aber ich benenne auch die Hürden, die wir haben. Die Landesregierung haben wir zwar mit ins Boot genommen, aber die Bundesregierung – es sind 600 Abgeordnete – das ist eine Hürde, die wir nicht

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene



Kerstin Hoppe,

Jahrgang 1965, ist Ingenieurin für Hochbau und seit 2003 hauptamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee. Seit 2007 ist sie Stellvertretende Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands.

nehmen können. Wir haben auf unserer 15-jährigen Protestwanderung 500.000 Menschen mit auf den Weg genommen, aber 600 Bundestagsabgeordnete können sich nicht positionieren zu dem Thema Bombodrom. Da arbeiten wir dran, auch Mehrheiten im Bundestag zu bekommen. Wir haben da keine Hilfe von den ehemaligen Bundeskanzlern Herrn Kohl oder Herrn Schröder, aber auch aktuell nicht von Frau Merkel bekommen. Die sagen einfach: Das lasst mal die Gerichte entscheiden. Und lassen uns eigentlich im Regen stehen. Und wir haben, Gott sei Dank, auch einige Bundestagsabgeordnete, und es sind auch besonders Frauen, die im Bundestag für die Bürgerinitiative kämpfen und versuchen, auch dort Mehrheiten zu bekommen.

S. Wieschollek: *Frau Uhlworm, wie erleben Sie das? Sie wollten sich keiner Partei anschließen und trotzdem etwas bewegen. Was sind denn nun Ihre Erfahrungen, wie geht man miteinander um in Königs Wusterhausen?*

B. Uhlworm: Ich glaube, wir haben schon eine gute Kultur gefunden und ich möchte das im Prinzip bestätigen, was die

Vorrednerinnen gesagt haben, dass die Kollegen und Kolleginnen aus den Parteien bei uns in der Stadtverordnetenversammlung schon manchmal fast konträr ihrer offiziellen Parteipolitik gegenüber auftreten. Die Tragik ist nur, wenn es dann um das Abstimmungsverhalten geht, dann ziehen sie sich doch zum Teil auf ihre parteipolitischen Grundsätze zurück. Da fehlt dann der Mut, sich auch in der Abstimmung mal offiziell zu positionieren, auch gegen ihre Parteipolitik. Ich denke da zum Beispiel an solche Tatsachen wie das Schulgesetz in Brandenburg. Das ist allen bekannt. Wir auf der kommunalen Ebene haben mit den Auswirkungen zu kämpfen, Schulschließungen etc. Und da haben wir es zwar geschafft, dass wir uns fast mehrheitlich dazu positioniert haben, dass wir unsere drei Oberschulstandorte in Königs Wusterhausen erhalten wollen, aber die Gesetzgebung auf Landesebene ist leider nicht ganz so eindeutig und da würde ich mir manchmal wünschen, dass meine Kollegen und Kolleginnen aus den Parteien auch die Meinung von der Basis in die Landes- und Bundesebene transportieren könnten. Das fehlt mir manchmal ein bisschen. Da ist dann zuviel öffentliches Reden, und es fehlen mir die Taten. Und nun noch einmal zu Frau Gordes. Natürlich ist es so, dass Frauen auch in die Parteien gehen sollen, und es ist nachgewiesen in einer Studie, die in Baden-Württemberg durchgeführt worden ist, dass allein das Vorhandensein einer Frauenliste in Städten und Gemeinden dazu geführt hat, dass auch mehr Frauen aufgestellt wurden. Das heißt, die Parteien sprechen dann auch eher die Frauen an, ehe sie in die Frauenliste gehen und dann haben sie die Frauen. Die Tragik ist nur, dass die Strukturen in den Parteien leider manchmal nicht frauenfreundlich sind. Aber ich glaube, das ist auch die Aufgabe der fitten Frauen in den etablierten Parteien, da wirklich Frauen zu unterstützen, die auf die Listen der Parteien kommen wollen. Also, das ist mein Wunsch an die Frauen in den Parteien, da wirklich solidarisch gegenüber Frauen zu sein.

S. Wieschollek: *Frau Kletzing, wenn Sie in Ihrem Freundeskreis erzählen, ich engagiere mich jetzt für Kommunalpolitik, wen können Sie da mit ins Boot holen?*

U. Kletzing: Ich spreche ja als Vertreterin einer jüngeren Frauengeneration – ich bin Anfang 30 – und habe in meinem Freundeskreis einige, die sich Feministinnen nennen und sich auch dafür einsetzen, dass es weitergeht. Ich treffe beim Thema „Mehr Frauen in die Politik!“ also auf viel Zuspruch.

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene

Aber ich erlebe auch, dass man heute einfach viel damit zu tun hat, sich um seine Erwerbstätigkeit zu kümmern, dann vielleicht auch um das Thema Familiengründung. Gerade bei beruflich ambitionierten Frauen ist es ein Riesenthema, wie man beides zusammenkriegt und da ist einfach jegliches ehrenamtliche Engagement nicht einfach. Es gibt kaum noch längerfristige Beschäftigungsverhältnisse, viele meiner Freundinnen sind freiberuflich tätig - es ist eine wichtige Frage für Frauen unserer Generation, die eigene Erwerbstätigkeit überhaupt abzusichern.

S. Wieschollek: *Frau Hoppe, wie vereinbaren Sie Beruf und Familie?*

K. Hoppe: Sie brauchen eine Familie, sie brauchen einen Rückhalt und sie brauchen Verständnis und sie brauchen einen Partner. Mein Mann steht hinter meiner Person, und damit haben natürlich viele ein Problem. Und das ist einfach ein Punkt, wo ich stolz bin, dass ich das in meiner Familie erfahren konnte und auch diese tragende Säule habe. Denn alleine schaffen sie das nicht. Sie müssen aufpassen, dass sie nicht zerrissen werden, dass sie nicht in die Mühle geraten. Ich bekomme viel Positives zurück aus der Bevölkerung. Ich habe auch negative Erfahrungen, man möchte sagen fast täglich, aber das Positive, dass man etwas geschafft hat mit den Menschen, baut auf und gibt Kraft für Neues.

B. Uhlworm: Ich hätte gerne noch ein gutes Beispiel über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeführt. Als ich gestartet bin, war meine Tochter noch klein und ich war auch die einzige, die ein Kind hatte, in der Stadtverordnetenversammlung. Meine Aufwandsentschädigung ist praktisch zu 100% in die Kinderbetreuung gegangen und mit einer Änderung der Aufwandserstattungssatzung in Königs Wusterhausen ist dann eingeführt worden, dass es eine Kinderbetreuungspauschale gibt, 13 Euro pro Stunde. Das heißt also, dass Frauen und auch Männer, die ein Kind haben, jetzt Kinderbetreuungskosten geltend machen können und erstattet bekommen, wenn sie als Stadtverordnete tätig sind. Und ich denke, dass sollten Frauen und Männer auch immer wieder einfordern, denn das ist eine Grundlage, dass sich Frauen oder Männer, die Familie haben, auch einsetzen können.

S. Wieschollek: *Noch mal zurück zum positiven Begriff der Macht. Ich höre immer wieder die Aussage: Ich will mit*

Macht nichts zu tun haben. Typische Frauenaussage. Warum stellen wir uns der Macht nicht? Muss es für uns Frauen ein neues Bild von der Macht geben?

U. Kletzing: Ja unbedingt. Die Skepsis gegenüber Macht ist einerseits verständlich: Frauen machen mit den gegenwärtigen Machtstrukturen, die sehr männerdominiert sind, vor allem negative Erfahrungen. Andererseits wird die Haltung „Bleib mir weg mit der Macht“ längerfristig nicht funktionieren. Es geht darum, Macht als notwendiges Mittel zu betrachten, um gestalten zu können. Und Machtpositionen so auszufüllen, dass man dabei noch in den eigenen Spiegel gucken mag. Aber ich bin davon überzeugt, dass das geht.

I. Kittler: Ich möchte mal den Begriff Macht zerlegen und zwar in mächtig und mächtig in mutig. Menschen, die ein hohes Wissen haben, ein umfangreiches, haben ein hohes Selbstbewusstsein. Und hohes Selbstbewusstsein führt auch dazu, dass ich mutig werde. Und dass Frauen, die ein hohes Selbstbewusstsein haben, auch keine Probleme haben, in Machtstellungen zu gelangen.



Uta Kletzing,

Jahrgang 1975, leitet den Bereich Politik und Verwaltung an der EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft in Berlin. Sie ist Diplom-Psychologin und leitet aktuell ein Projekt zum Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“.

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene

S. Wieschollek: *Sind Sie ein Machtmensch Frau Hoppe?*

K. Hoppe: An der Stelle müsste ich jetzt Nein sagen, weil man nur so stark sein kann wie sein Umfeld, sprich, so stark man auch umgeben wird von Menschen. Aber ich habe meine Ziele und da bin ich relativ hartnäckig. Und wenn ich ein Nein höre auch aus anderen Ebenen, Landes- und Bundesebene, dann werde ich so ärgerlich, damit gebe ich mich nicht zufrieden, dann fange ich an zu kämpfen. Und ich wehre mich mit den Möglichkeiten, die wir haben und gebe eben auch nicht auf, sondern setze mich für die Sache ein. Das alles

denn auftreten, durchzusetzen. Also auch Entscheidungen zu treffen, für die man dann nicht geliebt wird. Mich würde bei Ihnen interessieren, Frau Hoppe, wie Sie mit solchen Situationen umgehen?

K. Hoppe: Es gibt natürlich Dinge, die schwierig sind, wo Entscheidungen getroffen werden, die ich eben auch praktisch überhaupt nicht mittragen kann, und wo wir dann eben lange diskutieren. Und dann muss man für sich selbst entscheiden, wo man sagt, also hier ist jetzt die Grenze. Und man muss auch lernen, mit Kritik umzugehen.

M. Gordes: Man muss sich auch daran gewöhnen, nicht immer Papas liebes Kind zu sein. Das muss man einfach lernen, dass man auch mal den Rücken stark machen und sich durchsetzen muss. Wir haben in Brandenburg ja viele gut ausgebildete junge Frauen und es müsste doch gerade für die gut möglich sein, sich in die Kommunalpolitik einzufuchsen, das ganze System kennen zu lernen und die Kommunalverfassung durchzuackern und bei der Gemeinde auf den Internetseiten zu gucken, ob da Beschlussvorlagen eingestellt sind oder Protokolle aus den Sitzungen. Es gibt zum Teil Ratsinformationssysteme. Und wenn sich Frauen dann mit ihren Fähigkeiten, etwas zu lernen und zu wissen, mit den kommunalpolitischen Grundlagen beschäftigt haben, dann dürfte die Hemmschwelle auch gar nicht mehr so hoch sein, überhaupt mitzumachen. Kommunalpolitik ist nicht so schwer und für viele Frauen im Land sollte es bei ihren Fähigkeiten ein Leichtes sein, sich da einzubringen.

Ingrid Kittler,

Jahrgang 1940 arbeitete als Finanzkauffrau und ist seit 2000 Rentnerin. Seit 2003 lebt sie in Fürstenberg/Havel und engagiert sich seitdem in der Bürgerinitiative „FREIEHEIDE e.V.“. Inzwischen arbeitet sie in deren Vorstand mit.

zusammen, wenn man dann merkt, dass man mit dieser Hartnäckigkeit, mit dieser Zielstrebigkeit weiterkommt, trägt zur Stärke bei und es entwickelt sich daraus neue Stärke. Und wenn das dann als Macht bezeichnet wird, gut, aber ich bin kein Machtmensch.

U. Kletzing: Es gibt ja auch eine Definition von Macht von Max Weber, die eben nicht ganz so positiv ist. Für ihn bedeutet Macht eben auch, sich gegen Widerstände, so sie

S. Wieschollek: *Was ist denn das Spannende an Kommunalpolitik?*

K. Hoppe: Ich glaube, wir wollen alle die Welt verändern, wir wollen gestalten. Ich rede da nicht nur von den kommunalpolitischen Aktivitäten, sondern vom gesamten Gemeindeleben, von den kulturellen Sachen, von den Menschen im sportiven Bereich und den kirchlichen Bereichen. Und wenn man das alles bündelt – über 60 Vereine bei uns – und ich gehe da auch wirklich hin zu den Leuten, dann schafft man es, eine lebendige Kommunalpolitik zu gestalten, das ist aber ein langer Weg. Es ist niemals so, dass man jetzt irgendwo anfängt und dann ist sofort alles da, und alles funktioniert. Es sind jetzt mehr als fünf Jahre bei mir vergangen, wo ich merke, jetzt kann ich endlich mal sagen, das haben wir ge-



Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit Akteurinnen der kommunalen Ebene

schafft und das haben wir geschafft. Und dazu gehört Zähigkeit, Mut und Ausdauer.

S. Wieschollek: *Was hat Sie ganz besonders motiviert, sich kommunalpolitisch zu engagieren und was bringt es Ihnen persönlich?*

B. Uhlworm: Ich denke, der beste Grund war, und so war es auch bei mir, dass man selber mitgestalten will. Dass man seine Vorstellungen, von seiner Stadt, von seinem Ort wirklich umsetzen kann, sie einbringen kann und vor allem auch, dass man über das Geld mitentscheiden kann. „Die Hälfte der Welt gehört den Frauen“, so auch mindestens die Hälfte des Geldes. Wir müssen das wirklich machen, damit wir auch bei der Verteilung der Gelder das bekommen, was uns zusteht. Und eine Möglichkeit für Frauen, die sich noch nicht so richtig entscheiden können, ist ja hier in Brandenburg das Angebot, als sachkundige Bürgerin in die Ausschüsse zu gehen, dort tätig zu sein und erst mal auch so ein bisschen reinzuschnuppern. Also, wenn man nicht gleich von Null auf Hundert als Stadtverordnete kandidieren will, erst mal zu den Parteien und auch zu den Wählerinnenvereinigungen gehen und sagen: Ich bin kompetent auf dem und dem Gebiet, und würde gern als sachkundige Bürgerin mitarbeiten. Wenn man vorne am Mikrophon am Podium steht, ist man schon ein Stückchen mächtig. Man kann seine Auffassungen, seine Ideen auch öffentlich machen, man hat die Macht, das zu sagen, was man für wichtig hält.

S. Wieschollek: *Frau Kittler, was ist das Positivste, was Sie am meisten bereichert hat, bei Ihrer Arbeit in der Bürgerinitiative? Bei aller Mühe, bei aller Zeit, die Sie dort investiert haben?*

I. Kittler: Ja, ich meine, das Ziel haben wir ja noch nicht erreicht. Aber ich sagte es ja vorhin schon, dass wir so viel agiert haben, dass wir die Landesregierung bereits auf unserer Seite haben, das sehen wir schon eigentlich als Erfolg. Aber die Bürgerinitiative hat ja noch ein ganz anderes großes Ziel: Und zwar sagt die Bürgerinitiative, wir wollen diesen Bombenabwurfplatz nicht hier und nirgendwo. Und wer diese Aussage mal hinterfragt, weiß, dass sich dahinter ein großer Friedensgedanke verbirgt und ein Friedenswunsch. Und dieser Wunsch ist auch anerkannt worden, zum Beispiel von der Liga für Menschenrechte. Wir haben 2005 die Carl-von-

Ossietsky-Medaille erhalten, wir haben 2005 den Ökumenischen Umweltpreis erhalten, und wir haben im Jahre 2007 den Göttinger Friedenspreis erhalten. Also, wir sehen darin nach 15-jähriger Arbeit auch etwas Anerkennung, und dieser Preis in Göttingen war uns auch sehr wichtig, weil wir den Gedanken und die Ziele der Freien Heide auch wieder in die alten Bundesländer tragen konnten, das ist nicht regional begrenzt. Mein Mann und ich wir engagieren uns auch kommunalpolitisch und es ist wirklich so, dass man seine unmittelbare Umgebung mitgestalten kann.

S. Wieschollek: *Das ist es vielleicht, was Kommunalpolitik interessant macht – ihre Unmittelbarkeit?*

K. Hoppe: Ja, das ist die Nähe, das sind die Menschen, die praktisch unmittelbar da sind. Und es ist das Mitwirken, das unmittelbare Mitgestalten. Und mein Slogan, als ich 2002 Wahlkampf gemacht habe, der hieß: Gestalten, nicht nur verwalten. Ich wollte einfach versuchen, dass man ein Rathaus nicht mehr so verstaubt sieht, dass man mit Engagement und Motivation die Bürger erreicht.

S. Wieschollek: *Frau Kletzing, jetzt noch mal die Wissenschaftlerin zum Schluss. Was können wir Frauen besonders gut, vielleicht ein Fazit?*

U. Kletzing: Bestimmt nicht nur Zuhören! Der Verweis auf „Zuhören“ als weibliches Talent am Anfang der Veranstaltung hat mich ein bisschen gepiesackt. Unsere Mentoring-Programme zeigen, wie wichtig es ist, dass jede Frau sich ihrer Stärken besser bewusst wird. Die eine Erfahrung ist, dass die Frauen gegen Ende der Programme sagen, ihre Selbstzweifel gehen gegen Null. Das ist aus meiner Sicht ganz wichtig, denn bei der am besten ausgebildeten Frauengeneration liegt es nicht mehr am Können. Aber es ist ebenso wichtig, dass Frauen etwas aus ihren Stärken machen. Die Frauen nehmen aus unseren Mentoring-Programmen die wichtige Erkenntnis mit, dass niemand an ihre Tür klopfen wird, um sie für eine berufliche oder politische Karriere zu holen. Das ist ein Schritt, den die Frauen selbst gehen müssen. Eben einfach machen und keine falsche Scheu haben, die Macht zu ergreifen.

World Café - Miteinander im Gespräch

Ergebnisse der Auftaktveranstaltung

Nach der Mittagspause war es auch diesmal wieder soweit. Die TeilnehmerInnen der Potsdamer Auftaktveranstaltung trafen sich zum World Café: Einer moderierten Kommunikationsmethode, die mithilfe von Gruppenarbeit die Frage **„Entscheiden Frauen die Wahlen?“** in acht Unterpunkten und mehreren Arbeitsgruppen behandelte.



Was hindert Frauen, in die Politik zu gehen? war dabei die erste Frage und die gefundenen Antworten lassen sich verschiedenen Gruppen zuordnen. Zu den häufigsten Wertungen zählen beispielsweise: Politik ist männlich und macht einsam. Sie bedient sich einer vorwiegend männlichen Sprache und scheint nur auf Machterhalt ausgerichtet. Frauen sehen zusätzlich subjektive Hinderungsgründe, um sich nicht politisch zu engagieren. Geringe Selbstsicherheit, fehlendes Wissen um Abläufe und Gesetze und nicht zuletzt die Angst davor, zu versagen oder WählerInnen zu (ent-)täuschen, lässt viele von ihnen davor zurückschrecken, sich aktiv einzubringen. Objektive Hinderungsgründe für Frauen sind vor allem die Unvereinbarkeit von politischem Engagement, Familienleben und Erwerbstätigkeit, die sich in einer von vielen als unzumutbar empfundenen Dreifachbelastung ausdrückt. Kinderbetreuung und Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum lassen darüber hinaus deutlich zu wünschen übrig. Zu alledem kommen weitere Hinderungsgründe, die Frauen aus ihren eigenen Beobachtungen des aktuellen politischen Geschehens ziehen: Politik ist nicht (mehr) glaub-

würdig, sie ist nicht (mehr) dran an den BürgerInnen, viel zu lange Entscheidungswege verhindern rasche Entscheidungen und Fraktionszwang konstruktive Sacharbeit. Obwohl einige Frauen auch grundsätzliches Desinteresse an Politik artikulieren, macht die Mehrheit deutlich, dass sie sich sehr wohl, wenn die subjektiven und objektiven Hemmnisse beseitigt sind, beteiligen würde. Diese Frauen stellen sich vor, vor allem sach- und lösungsorientiert miteinander zu arbeiten, sich gegenseitig zu unterstützen (Mentoring) und stärker als bisher, eine spezifisch weibliche Sicht einzubringen. Als grundsätzliche Motivation sei allerdings ein „hoher Leidensdruck“ vonnöten.

Was brauchen junge Frauen, damit sie sich einmischen?

Zwei Gruppen diskutierten diese Frage und es ist bemerkenswert, dass auch schon junge Frauen dabei zuerst an ein stabiles unterstützendes Umfeld und „frauenfreundliche“ Politikzeiten denken. Sie suchen darüber hinaus nach Einmischungsmöglichkeiten und ebenfalls nach Vorbildern und Themen, die sie berühren und betreffen. Als Voraussetzung für politisches Engagement gelten politisches Hintergrundwissen und Risikobereitschaft. Junge Frauen wollen mehr Rechte und Möglichkeiten zur Mitbestimmung, aber auch die Aufforderung dazu. Sie wünschen sich Mentorinnen für Mädchen und Orte, wo frau das Einmischen „üben“ kann. Auch finanzielle Anreize, in Form von Absicherungen der materiellen Lebensbedingungen (z. B. Stipendien) und genügend Zeit würden ihr Engagement wachsen lassen. Gerade junge Frauen sehen ihren Einsatz für und vor allem ihre Identifikation mit politischen Themen unmittelbar mit Betroffenheit und dem Vorhandensein von Chancen zur eigenen Entwicklung verknüpft.

Wie kann ich mich einbringen / beteiligen? war eine Frage, die sich folgerichtig an die beiden ersten Fragen anschloss. Beteiligung an Wahlen sollte eine Selbstverständlichkeit sein, auch für MigrantInnen bei Kommunalwahlen. Politische Bildung für Mädchen und Frauen steht im Forderungskatalog genauso wie die Aufklärung über Rechte und Möglichkeiten, sich im politischen Bereich zu engagieren. Daneben sollte sich jede als Bürgerin informieren (können), an öffentlichen Gremien und Entscheidungen nach Möglichkeit (An)teil nehmen, sich z. B. als sachkundige Bürgerin mit den eigenen Fachkompetenzen einbringen. Darüber hinaus

World Café - Miteinander im Gespräch

Ergebnisse der Auftaktveranstaltung

ist es wichtig, andere – ob im Freundes- oder Kollegenkreis – in politische Diskussionen einzubeziehen, eine aktive „Kultur der Einmischung“ zu entwickeln und nicht zuletzt, sich auch selbst zur Wahl zu stellen. „Sich bewegen statt reden“ oder „Taten statt Warten“ waren griffige Formeln, die die Diskussionsteilnehmerinnen für die eigene Aktivierung als ersten Schritt zur Beteiligung prägten.

Was würden Frauen anders machen? Diese Frage wurde in fünf verschiedenen Themenfeldern diskutiert.

1. Finanzen:

Priorität wurde dabei Regeln für die Aufstellung von Genderbudgets eingeräumt, gleich gefolgt von der Analyse der Pflichtaufgaben und der freiwilligen Aufgaben. Freiwillige Aufgaben erscheinen zum Teil falsch definiert und es ist nötig, ihre Gewichtung zu überdenken. Stichworte dabei waren beispielsweise die Förderung der Frauenhäuser und Frauenzentren, von Schulsozialarbeit und kostenlosem Mittagessen für Kitas und in Grundschulen. Es ging außerdem darum, stärker als bisher die Fördermittel der Länder, des Bundes und der EU zu nutzen und die dafür notwendigen Eigenanteile in die Haushalte einzustellen. Die Forderung nach Vereinfachung der Antragstellung ist dabei ein wichtiger Schritt, den allgemein nötigen Bürokratieabbau weiter zu verfolgen. Eine paritätische Besetzung der Ausschüsse wurde angemahnt. Allgemeinere Forderungen waren die Abschaffung des Ehegattensplitting, der ALG-II-Bedarfsgemeinschaften in der jetzigen patriarchalischen Form und die Forderung nach gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit in Ost und West. Und darauf folgend die Anpassung der Renten und Rentenpunkte.

2. Arbeit:

Arbeit für alle ist eine Grundforderung. Und ebenfalls nicht als Utopie zu verstehen, sind Ausbildungsplätze für alle jungen Menschen. Arbeit in den unterschiedlichsten Bereichen wie Betreuung, Pflege, Familie und Ehrenamt sollte gesellschaftlich genauso anerkannt sein wie Erwerbsarbeit. Gleiche Bezahlung und gleiche Aufstiegschancen sollten dabei genauso selbstverständlich sein wie Betriebsrenten und Betriebskitas. Die Bezahlung für Erwerbsarbeit muss zum Leben ausreichen. Von den Arbeitgebern werden eine bessere Gesundheitsvorsorge und bessere Arbeitskultur eingefordert. Frauen befürworten Gleizeit und Lebensarbeitszeitkonten genauso wie nach Alter und Geschlecht gemischte Arbeitsteams sowie

eine Verkürzung ihrer täglichen Wegezeiten und nicht zuletzt die Herabsetzung des Renteneintrittsalters.

3. Stadt- und Verkehrsplanung:

Ganz allgemein ging es in diesem Bereich um die Erhöhung der Lebensqualität für alle, aber frauen- und kinder- sowie behindertenfreundliche Verkehrsplanung (z. B. Durchgangsverkehr aus Ortschaften herausnehmen) hatten Vorrang dabei. Dazu gehören in erster Linie überarbeitete Verkehrskonzepte (Stichwort ÖPNV und ein flächendeckendes Radwegenetz) in Stadt und Land (hier besonders kleine barrierefreie Busse) und Konzepte, die die Innenstädte lebenswerter machen („gelebte Stadt“). Es geht immer um wohnortnahe Kinderbetreuung und kurze sichere Schulwege, darüber hinaus um ambulante Verkaufseinrichtungen auf dem Lande. Frauen wollen die Planung für Vorhaben bürgernah und stärker durch die Kommunen verantwortet (z.B. Schulschließungen) gestalten; sie wünschen sich mehr Informationen über und Transparenz bei der Darstellung der Vorhaben. Sie fordern darüber hinaus bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum und mehr Sicherheit (keine dunklen Ecken, Freizeit- und Senioreneinrichtungen nicht am Stadtrand) für alle.



4. Bildung und Kultur:

Das Thema Bildung nahm in allen Arbeitsgruppen eine zentrale Stellung ein. Bildung sollte bereits in Krippen und Kitas beginnen und sich mit Förderung in hoher Qualität in Ganztagschulen (mit Mittagessenversorgung) fortsetzen. Durch längeres gemeinsames Lernen, wie beispielsweise in Gesamtschulen, könnten sich für alle höhere Bildungschancen

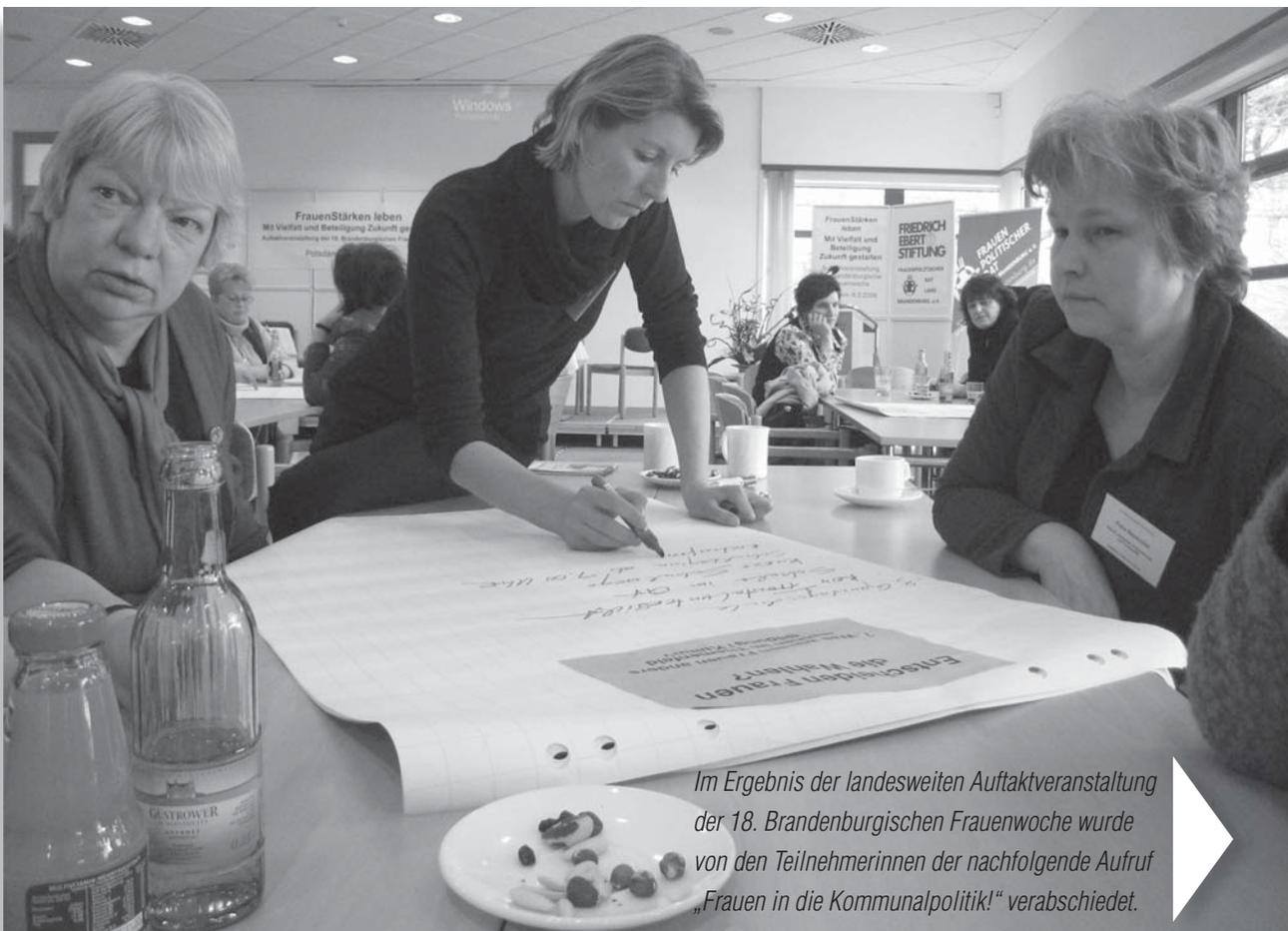
World Café - Miteinander im Gespräch

Ergebnisse der Auftaktveranstaltung

ergeben. Erzieherinnen sollten eine fachgerechte und vielseitige Ausbildung erhalten, LehrerInnen gesellschaftlich mehr wert geschätzt werden. Ein einheitliches Bildungssystem mit kostenlosen Schulmaterialien, kostenfreiem Zugang zu Bibliotheken und Kulturangeboten wird ebenfalls gefordert. Frontalunterricht wird als „Auslaufmodell“ betrachtet und mehr lebenspraktisches Lernen sollte Einzug in die Schulen halten. Kinder mit Migrationshintergrund müssen besser als bisher integriert werden, die Vermittlung der deutschen Sprache für alle muss einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Der Wertevermittlung durch Kunst und Kultur kommt an Schulen ein ebensolcher zu und Kunst- und Kulturschaffende mit Anspruch auf ein Grundeinkommen könnten verpflichtet werden, ihr Wissen an Kinder weiterzugeben. Dadurch könnte sich auch das Anspruchsniveau von Jugendlichen in Bezug auf Kultur erhöhen. Kulturangebote sollen für alle bezahlbar bleiben und auch den ländlichen Raum mit einbeziehen (Stichwort Tourneetheater) und um kostenfreie Freizeit- und Kulturangebote ergänzt werden.

5. **Gesundheit:**

Frauen legen großen Wert auf eine lebenslange gesundheitliche Vorsorge. Dafür sind die entsprechenden Rahmenbedingungen und Strukturen zu schaffen, die auch eine „Infrastruktur für gesundes Leben“ (z. B. Fahrradwege und Wellnessangebote) mit einschließen. Der Gesundheitsbericht sollte geschlechtergerechte und altersdifferenzierte Handlungsansätze enthalten und den gesundheitlichen Dialog sowie die Vernetzung aller AkteurInnen fördern. Der Aufklärung und umfassender Gesundheitserziehung kommen ein hoher Stellenwert zu, die Eigenverantwortung ist weiter zu stärken. Dazu wird eine kontinuierliche medizinische Betreuung sowie „Mütterberatung“ für Eltern und Kinder und betriebliche Vorsorge gefordert. Die Krankenkassen sollen die Kosten für „alternative“ Medizin übernehmen und Ärzte und medizinische Einrichtungen mit dem ÖPNV und barrierefrei zu erreichen sein. Gemeindeschwestern und Hausärzte gehören zur medizinischen Grundversorgung.



Im Ergebnis der landesweiten Auftaktveranstaltung der 18. Brandenburgischen Frauenwoche wurde von den Teilnehmerinnen der nachfolgende Aufruf „Frauen in die Kommunalpolitik!“ verabschiedet.

Aufruf

Frauen in die Kommunalpolitik!

Am 28. September 2008 finden im Land Brandenburg **Kommunalwahlen** statt. Dann sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Interessenvertretungen für die Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen zu wählen. Sie entscheiden mit Ihrer Wahl, welche Politik in Ihrem Landkreis, in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde in den nächsten sechs Jahren gemacht wird.

Der Frauenanteil in den jetzigen brandenburgischen Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen liegt bei 22 %, der Anteil der Frauen bei BürgermeisterInnen und AmtsdirektorInnen sogar unter 12 %.

Aber mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung im Land Brandenburg sind Frauen.

Demokratie lebt vom Engagement möglichst vieler Menschen. Sie bietet die Chance, mit zu entscheiden, Prioritäten zu setzen, Wertigkeiten festzulegen und unterschiedliche Sichtweisen einzubringen. Deshalb ist die Beteiligung von mehr Frauen in den Kommunalvertretungen von großer Bedeutung.

Je mehr Frauen sich zur Wahl stellen, desto mehr Frauen werden auch gewählt!

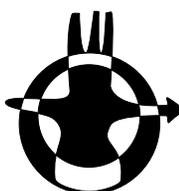
Deshalb beteiligen Sie sich und unterstützen Sie engagierte Frauen durch:

- konkrete Ansprache vor Ort
- paritätisch besetzte Wahllisten
- Aktionsprogramme „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!“
- Informationsveranstaltungen und Fortbildungsangebote
- Mentoring für junge Frauen durch erfahrene KommunalpolitikerInnen

Mit Ihrem Engagement haben Sie es in der Hand, den Frauenanteil in den Kommunalvertretungen zu erhöhen. Kommunalpolitik braucht die weibliche Sichtweise. Mit Ihrer Beteiligung entscheiden Sie mit über die Frauen- und Familienpolitik vor Ort, über eine frauen- und familienfreundliche Gestaltung der Infrastruktur, die Entwicklung des ländlichen Raums und über eine geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel.

Potsdam, 6. März 2008

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**
www.frauenrat-brandenburg.de



Presse-Echo

Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen im Rahmen der 18. Brandenburgischen Frauenwoche

Im Rahmen der 18. Brandenburgischen Frauenwoche, die in der Kernzeit vom 6. bis 16. März 2008 stattfand, nahmen ca. 18.000 TeilnehmerInnen an mehr als 370 Veranstaltungen und Aktionen im gesamten Land Brandenburg teil. Themenschwerpunkte bildeten dabei die bevorstehenden Kommunalwahlen, die Wahlbeteiligung, politische Anforderungen von Frauen, die regionale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge, Arbeit und Existenzsicherung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Zukunftschancen von Mädchen und jungen Frauen, Frauengesundheit, Frauenkultur und –geschichte international sowie die Strategien Gender-Mainstreaming und Gender Budgeting.

Mit Blick auf die im Herbst 2008 stattfindenden Kommunalwahlen im Land Brandenburg wurde in vielen Veranstaltungen

und Gesprächsrunden die Möglichkeit genutzt, über eine höhere politische Beteiligung von Frauen auf kommunaler Ebene zu debattieren. Fortbildungsveranstaltungen, Workshops, Ausstellungen und Fachtagungen gehörten ebenso zum vielfältigen Programm der Frauenwoche wie Buchlesungen, Präsentationen von Künstlerinnen der Regionen und Theatervorstellungen.

Im „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ gab es unter Beteiligung von Frauen aller Altersgruppen und sozialer Schichten zahlreiche Begegnungen mit Migrantinnen und Spätaussiedlerinnen.

Diana und Dagmar

Filmpremiere

VON JANA HAASE

„Wann ist ein Mann ein Mann?“, fragte Herbert Grönemeyer 1984 in seinem Hit „Männer“ – ohne eine Antwort parat zu haben. Über die Frage, was eine Frau ausmache, konnte das Publikum im Nikolaisaal am Samstagabend nachdenken. „Lebendig, weiblich, Brandenburg“ hieß der Film von Katharina Riedel, der dort von etwa 550 Gästen der traditionellen Frauentagsfeier Premiere feierte.

13 Frauen hat die Regisseurin darin zu Wort kommen lassen: Von der resoluten 18-jährigen Supermarktverkäuferin Tanja über die 35-jährige Sekretärin Katya, die Yogalehrerin geworden ist und vom späteren Leben in einem Yoga-Zentrum träumt, oder die 38-jährige Putzfrau Diana, die sich mit dem Leben jenseits ihrer Jugendträume arrangiert hat und bis hin zur 47-jährigen Dagmar, die beim Kochen einer Kürbissuppe Einblicke in ihren Arbeitsalltag als Brandenburgische Sozialministerin gab. Viel länger als die knappe Stunde Filmdauer hätte man zu schauen wollen, was Frauen in Brandenburg heute zu sagen haben.

13 Frauen aller sozialen Schichten kamen zu Wort

Sabina Scheuerer, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, erinnerte gleichzeitig daran, dass Gleichberechtigung der Geschlechter im Jahr 2008 eine immer noch unerfüllte Forderung ist. „Das müssen wir ändern, wir müssen uns einbringen“, appellierte sie an die Frauen im Saal. Karin Weiss, die Integrationsbeauftragte des Landes, plädierte dafür, beim Umgang mit Frauen anderer Kulturen Differenzen zuzulassen: Es gehe darum, „gleichberechtigt in der Unterschiedlichkeit die Gemeinsamkeiten zu suchen“, sagte Weiss.

Bereits am Vormittag hatte das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. in der Zeppelinstraße zum Brunch eingeladen – unter den etwa 110 Gästen war auch die CDU-Bundestagsabgeordnete nete Anita Tack (Die Linke). Linken-Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfberg besuchte nachmittags das Frauentagskonzert im Bürgerhaus „Sternzeichen“ in der Galileistraße und verteilte Rosen.

Frauen und Politik

Aktion und Diskussion in der 18. Brande

den unter anderem die Ministerin für Familie Dagmar Ziegler (SPD) und die Bereichsleiterin Politik der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin, Uta Kletzing, diskutierten. Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Frauenwoche sind die Fotoausstellung

Frauenwoche 2008 wird vorbereitet

ANSTALTUNG Auftakt am 5. März in Kyritz

Die 18. Brandenburgische Frauenwoche findet in diesem Jahr unter dem Motto „Frauen stärken leben“ statt. Den Auftakt bilden am Freitag, 7. März, 10 Uhr im Haus der Kultur in Kyritz eine Reihe von Veranstaltungen für Frauen und Kinder. Die 18. Brandenburgische Frauenwoche wird vom 6. bis 16. März in Kyritz eröffnet.

Zementstaub auf dem Kostüm

Frauen sind in der Politik in der Minderheit

36 Prozent aller Ministerämter der Bundesregierung sind mit Frauen besetzt. Im Bundestag sind Frauen mit 32 Prozent vertreten (Grüne: 57 Prozent). Im Brandenburgischen Landtag sitzen 44 Prozent Frauen. Bei der CDU sind 7 von 20 Abgeordneten weiblich, bei der SPD 15 von 33, bei den Linken 15 von 29.

Wichtig ist, dass Frauen sich engagieren. Egal wo“ Kerstin Hoppe, Bürgermeisterin



In Führungspositionen sind Frauen selten: Von neun Ministern sind nur drei weiblich. Es gibt keine Staatssekretärin. 21 Prozent Frauen mischen in Stadtversammlungen, Gemeindevertretungen und Kreistagen mit. Hauptamtliche Bürgermeisterinnen gibt es in der Mark fünf Prozent (einschließlich ehrenamtliche 12 Prozent), s

der Statikbüros gearbeitet. Wirtschaftlichen Pragmatismus findet sie am ehesten in der CDU wieder. 2000 wird sie Mitglied, nur zwei Jahre später bittet man sie für das Bürgermeisteramt zu kandidieren. „Meine erste Reaktion war: nee“, sagt Hoppe und grinst. Und dann sagt sie zum ersten und einzigen Mal: „Das war so typisch Frau.“ Est mal ablehnen. Andere hätten schließlich Jahre in der kommunalen Polit-Liga gespielt. Sie selbst war damals gerade 37, ein politisches „Küken“ und „nicht mal hier aufgewachsen.“ Aber genau das war es, was Hoppe freudvoll wollte. „Parteilose wollten,

Theater und Musik sind nicht genug

Tipps zur Brandenburgischen Frauenwoche

OSTPRIGNITZ-RUPPIN (RA) – „FrauenStärken leben“ mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ – so lautet das Programm der 18. Brandenburgischen Frauenwoche, die gestern in Kyritz für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin eröffnet wurde.



Auch in diesem Jahr finden im Rahmen der Frauenwoche zahlreiche Veranstaltungen in der Region statt. Die Wahl des Motivs vom Europäischen Parlament ausgerufenen „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ sowie der in diesem Jahr stattfindenden Kommunalwahlen im Land (RA bezieht sich auf die Region) ist eine erste Auswahl der Veranstaltung zur Frauenwoche im Landkreis Neuruppin: Freitag, 7. März, 10 Uhr: Empfang zum Internationalen Frauentag im Neuropeinhaus der Kultur in Kyritz.



Clown-Theater mit Prima Panna. Foto: Veranstalter

ten wir ein Programm mit Musik zum Tanzen. Zudem werden die Kyrzter Schauspieler „Die Bassewitzer“ erwartet und mit dem Stück „Der Herr im Haus“ das Publikum erfreuen. Der Kostenbeitrag beläuft sich auf unter 10 Euro. Anmeldungen unter 03 39 31 26 59. Sonntag, 9. März, 17 Uhr: diese drei, aber die Liebe – die (Größe) unter ihnen“ ist ein musikalisches Zeitreise mit den 18. und 19. Jahrhunderten. In der Dorfkirche von Wuthenow spielen Die Sturm und Gerburg Nürnberg Klavier. Elisabeth Büttner ist an der Orgel. Barbara Nürnberg und Bettina Nürnberg singen. Dr. Brigitte Meier, die Texte historischer Moderation einzuordnen. EVELINA

vertreterstützungen teil. Mit Parteien hat sie zu diesem Zeitpunkt noch nichts am

Stärken des schwachen Geschlechts

Brandenburgische Frauenwoche auf Zukunftskurs

„FrauenStärken leben – Mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“, so lautet das Motto der 18. Brandenburgischen Frauenwoche, die in diesem Jahr am 6. März eröffnet wird und traditionsgemäß in vielen Orten – auch in der Lausitz – weit über eine Woche hinaus geht.

VON IDA KRETZSCHMAR

um Auftakt wird am Donnerstag eine Fachtagung in Potsdam veranstaltet. Dabei gehe es um die politische Mitwirkung von Frauen auf kommunaler Ebene, teilten die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg mit: „Im Vorfeld der Kommunalwahlen im September wollen wir die Kompetenzen von Frauen stärken, Frauen zu politischer Beteiligung ermutigen, Anregungen geben und den Austausch untereinander fördern.“

Über auch zahlreiche andere Veranstaltungen werden, dem Motto „Stärken des vermeintlich schwachen Geschlechts“, gesetzt. Vi-



Archivfoto: S. Traub

Erstmals doppelte Ehre

8. März: Auftakt zur Frauenwoche 2008

Brandenburg (rez). Am gestrigen Freitag verlieh Bundestagsabgeordnete Dr. Margrit Spielmann (SPD) im Rathaus von ihr initiierten Frauenpreis 2008. Diesmal wurde das gesellschaftliche Engagement der Silvia Welzigs gewürdigt. Die Leiterin der Förderschule am Marienberg kümmert sich in ihrer Freizeit unter anderem

um JVA-Insassen, die zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Darüber hinaus wurde Sandra Köppen-Zuckschwerdt ausgezeichnet. Der parallel vergebenen Frauenpreis für eine sozial engagierte Sportlerin war eine Premiere. Die Idee dazu wurde an einem Stammtisch geboren, an dem sich seit 1996 engagierte Frauen treffen. (S.2)

renamtlich engagierte Frauen geehrt. Auch im sächsischen Weißwasser wird den brandenburgischen Nachbarinnen nachgeeifert. Der Verein „Frauennetzwerk Harmonia“ in Weißwasser veranstaltet am Donnerstag einen Tag der offenen Tür. In

der Zeit von 10 bis 17 Uhr sollen Angebote und laufende Projekte vorgestellt werden. Der Verein gibt Hilfe in Gewaltsituationen, bei Lebenskrisen, beim Umgang mit Behörden oder bei Problemen in der Arbeitswelt.

EINGELADEN

Was außerdem auf dem Programm steht

- „Weibsbilder – Spiegel, Spott und Übermut“ mit Cathrin Alisch sind am 6. März ab 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Forst zu erleben. Gespielt, gesungen und erzählt werden Allerweltsgeschichten mit, über und unter Frauen. Der Eintritt ist frei.
- Das bereits 9. Frühstücks-Treffen für Frauen findet am 8. März

zum Thema „Einander verzeihen – etwas vom Wichtigsten, etwas vom Schwersten“. Karten kosten Preis von neun Euro. In der Oberkirche kann auch die Kinderbetreuung ab zwei Jahre angemeldet werden.

■ Um „Männertöne – Weiberworte“ geht es am Dienstag, dem 11. März, in der Stadtbibliothek Forst. Musikalische Lieder, Chöre und Chöre und Chöre. Dabei auf die ewige Trennung Männer und Frauen ab eingetragene?

Nachrichtenspiegel vom 07.03.2008, Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Der Prignitzer 07.03.2008

Frauen an die kommunale Macht

Frauenwoche startet / Zu wenig Abgeordnete in den Parlamenten

Potsdam (dpa) • Kurz vor dem Weltfrauentag am 8. März ist gestern in Brandenburg die nach Veranstalterangaben bundesweit einzige Frauenwoche eröffnet worden. Bis zum 16. März werden rund 350 Veranstaltungen – darunter Tagungen, Seminare und Theateraufführungen – im ganzen Land angeboten.

„Natürlich findet Frauenpolitik nicht nur in dieser Woche statt“, sagte Sozialministerin Dagmar Ziegler (SPD) in Potsdam bei einer Tagung zum Auftakt der 18. Brandenburgischen Frauenwoche. In der Mark sei

bereits „einiges auf den Weg gebracht worden“. Im Mittelpunkt der Tagung standen die diesjährigen Kommunalwahlen und die Beteiligung von Frauen in der Politik.

„Derzeit liegt der Frauenanteil in den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen bei nur 22 Prozent“, sagte die Sprecherin des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg, Sabine Stüber. Es müssten mehr Frauen zu politischer Beteiligung ermutigt werden. Ziegler als Gleichstellungsbeauftragte ergänzte, dass nur zwölf Prozent der märki-

schen Bürgermeister weiblich seien. Je mehr Frauen aber in den unterschiedlichen Ämtern säßen, desto besser seien die eigenen Interessen vertreten. Trotz der erzielten Erfolge gibt es Zielvorgaben auch in Brandenburg. Die Gemeindefrauenräte, die uns nicht ganz so geringfügig entlohnen, oder auch das Armutserbe dem Frauen ausgesetzt. Gleichzeitig gebe es im Land keine Vereinbarungen zur schlechtergerechtigkeit und Erkenntnis, dass hochrangige Posten nicht nur Männern vor-

Frauenwoche auch für Zugewanderte

INTEGRATION Nachmittägliche Runde in Kyritz

KYRITZ | Als zweite Veranstaltung innerhalb der brandenburgischen Frauenwoche im Landkreis OPR veranstaltet gestern Nachmittag die Kyritzer K & S Beratungsstelle für Spätaussiedler ein Treffen für Frauen – insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund. Die Teilnehmerinnen werden einen Nachmittag lang über die Möglichkeiten der Integration in die deutsche Gesellschaft aufgeklärt. Die Veranstaltung wird von der Kyritzer Frauenbeauftragten geleitet. Die Teilnehmerinnen werden auch über die Möglichkeiten der Integration in die deutsche Gesellschaft aufgeklärt. Die Veranstaltung wird von der Kyritzer Frauenbeauftragten geleitet.

matgeschichte. Die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte des Landkreises Marlies Grunst überbrachte Glückwünsche zum Internationalen Frauentag. Zur Frauenwoche sagte sie: „Wir wollen auch zugewanderte Frauen mit einbeziehen.“ Die Veranstaltung in den Räumlichkeiten des Kirchenkreises sei „eine wunderbare Sache“. Die Veranstaltung wird von der Kyritzer Frauenbeauftragten geleitet.

Frauen müssen auch wollen!

Presse-Echo Frauenwoche: Selbstverteidigung, Lesungen und Stadtbummel

Frauenwoche in Potsdam eröffnet

350 Veranstaltungen bis zum 16. März

Kurz vor dem Weltfrauentag am 8. März ist gestern in Potsdam die nach Veranstalterangaben bundesweit einzige Frauenwoche eröffnet worden. Bis zum 16. März werden rund 350 Veranstaltungen - darunter Tagungen, Seminare und Theateraufführungen - im ganzen Land angeboten. „Natürlich findet Frauenpolitik nicht nur in dieser Woche statt“, sagte Sozialministerin Dagmar Ziegler (SPD) in Potsdam bei einer Tagung zum Auftakt der 18. Brandenburgischen Frauenwoche. In der Mark sei bereits „einiges auf den Weg gebracht worden“. Im Mittelpunkt der Tagung standen die diesjährigen Kommunalwahlen und die Beteiligung von Frauen in der Politik.

„Derzeit liegt der Frauenanteil in den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen bei nur 22 Prozent“, sagte die Sprecherin des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg, Sabine Stüber. Es müssten mehr Frauen zu politischer Beteiligung ermuntert werden. Ziegler als Gleichstellungsbeauftragte ergänzte, dass nur zwölf Prozent der märkischen Bürgermeister weiblich seien. Je mehr Frauen aber in den Gremien säßen, desto größer seien ihre Interessen.

Brandenburg (mar). „Wir wollen keine Sonderstellung, sondern eine Gleichstellung“, betonte gestern die neue Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, Kornelia Köppe. „Frauenrechte bekommt man nicht geschenkt“. Wenn solche Worte in der Zeitung stehen - dann ist die Frauenwoche nicht mehr weit. In diesem Jahr findet bereits die 18. im Land und somit auch in der Stadt Brandenburg statt. Unter dem Motto „Frauen-Stärken leben mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten!“ wird die Frauenwoche am 7. März im Mehrgenerationenhaus „Die Stube“ in Kirchzettel mit einem Tanzabend und musikalischer Aufführung des Männerleits Plauwe ihren Auftakt nehmen. Am Freitag, 8. März, Oberbürgermeisterin Dr. Ulrike Tietmann um 15 Uhr einer Festveranstaltung im Rathaus ein. Bundestagsabgeordnete Dr. Margit Spielmann überreicht in diesem feierlichen Rahmen den Frauen-Gespannt dürfen die Gäste Tiemanns Grußworte bereits in der gestrigen Konferenz ihrer Vertreter: „Frauen haben den Mut haben, um die Verantwortung zu übernehmen. Die Gleichstellung ist kein Selbstzweck, sondern ein Ziel, das die Lebensqualität aller Menschen verbessert.“



Um das Knollnasenmännchen gruppierten sich die Macherinnen der Frauenwoche 2008: Marion Brückmann vom Frauen- und Familienzentrum, Oberbürgermeisterin Dr. Ulrike Tietmann, Christel Mück-Hannemann vom Unabhängigen Frauenverband Brandenburg, Christine Beu vom Verband alleinerziehender Mütter und Vater sowie Gleichstellungsbeauftragte Kornelia Köppe. Foto: Markgraf

enwoche sprechen verschiedene Schichten an. So sind bei der Frauenwoche am 10. Uhr im Bürgerzentrum, Große Gartenstraße 42 a. März um 10 Uhr ab der St. Pauli Kirche, ein Brunch am 13. März ab 10 Uhr im Tschirch-

Kein Tag ohne Lächeln

Fotoausstellung „Du bist wertvoll“ zur Frauenwoche in Spremberg

„Du bist wertvoll“ heißt die Wanderausstellung der Brandenburgischen Frauenvereine. Die Mitglieder unserer Gesellschaft und eine Bereicherung für unser Leben. Wenn wir offen auf sie zugehen, können sie Vertrauen und Zuversicht geben.“

Die Ausstellung ist eine Gemeinschaftsleistung aller Frauenvereine in Brandenburg. Sie zeigt die Vielfalt der Frauen und ihre Leistungen unabhängig zu sein. Dies zeigt, dass Migranten „nicht auf der sozialen Hängematte leben wollen, wie einige Menschen annehmen“, bekräftigt Solveig Reichwald. Um ihnen dies zu ermöglichen, bedarf es jedoch Unterstützung und Hilfe. Diese leisten die Migrantenvereine in Spremberg.

Frauenpolitik am Stammtisch

Gleichstellungsbeauftragte ist die neueste Vertreterin in der Frauenrunde

der Ausländer- und Behindertenbeauftragten. Mit Kornelia Köppe nahm im Dezember die neue Gleichstellungsbeauftragte der Stadt am Stammtisch Platz. In ihrer zuvor ausgeübten Tätigkeit agierte sie als ein verbindendes Element. Kornelia Köppe war Ständesbeamtin (BRAVO berichtete).

Die größte Herausforderung in der erst drei Monate dauernden Gleichstellungsfunktion war ihre Zusammenarbeit mit der Frauenwoche, die gestern mit der Verleihung des Frauenpreises begann. Die Ehrung nahm die Initiatorin MdB Dr. Margit Spielmann (SPD), selbst Schlagsprecherin vor der Veranstaltung.

einem zweiten Preis fortan eine couragierte Sportlerin zu würdigen. Die Frauenpreise 2008 gingen an Silvia Welzig (Leitende der Förderschule am Marienpark) und Sandra Köppen (Leitende der Förderschule am Marienpark). Der Veranstaltungsausschuss wird am morgigen Montag festgesetzt. Was bis zum kommenden Freitag geboten wird, steht im Internet auf www.stadt-brandenburg.de.

Derweil feilt die Jury schon an den nächsten Preisträgerinnen.

wanderer sind wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft und eine Bereicherung für unser Leben. Wenn wir offen auf sie zugehen, können sie Vertrauen und Zuversicht geben.“

Die Ausstellung ist eine Gemeinschaftsleistung aller Frauenvereine in Brandenburg. Sie zeigt die Vielfalt der Frauen und ihre Leistungen unabhängig zu sein. Dies zeigt, dass Migranten „nicht auf der sozialen Hängematte leben wollen, wie einige Menschen annehmen“, bekräftigt Solveig Reichwald. Um ihnen dies zu ermöglichen, bedarf es jedoch Unterstützung und Hilfe. Diese leisten die Migrantenvereine in Spremberg.

Tanzen, beten und diskutieren

GLEICHSTELLUNG Frauenwoche startet am 7. März

Ein volles Programm erwartet die Gäste der 18. Brandenburgischen Frauenwoche. Sie findet vom 7. bis 14. März statt.

„Frauen-Stärken leben - mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ lautet das sprichwörtliche Motto der 18. Brandenburgischen Frauenwoche, die vom 7. bis 14. März landesweit und in der Stadt gefeiert werden soll. Gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin und den am Frauenstammtisch zusammenarbeitenden Vereinen und Verbänden hat die Gleichstellungsbeauftragte Kornelia Köppe am 6. März in Kirchzettel richtig. „Das Team lädt zum Tanzen in den Freitag ein und hat sich dafür einiges einfallen lassen. Kornelia Köppe tut geheimnisvoll - für sie ist es die erste Frauenwoche als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt.“

Starke Frauen hervorbringen

18. Brandenburgische Frauenwoche will motivieren

Potsdam-Mittelmark (mk). In der hiesigen Tradition und Kultur sind starke Frauen wie ein Widerspruch in sich. Stärke ist häufig männlich besetzt und Schwäche weiblich. So fasst zumindest Ines-Angelika Lübke, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Potsdam-Mittelmark, ihre alltäglichen Erfahrungen zusammen. Sie möchte stärker Frauen und eine Arbeit, die sie möchte, machen. Sie möchte auch, dass sie eine Karriere und eine Familie gemeinsam haben können und sie möchte auch, dass Frauen bewusst auch Machtpositionen bekleiden wollen und ihre Stärke damit weitergeben und zeigen wollen. Zum Motto der 18. Brandenburgischen Frauenwoche vom 6. bis 16. März machte Ines-Angelika Lübke daher „Frauen-Stärken leben mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten!“. Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März finden wieder zahlreiche Veranstaltungen statt, die die Frauen stärken sollen. Besucher können sich an Workshops, Lesungen und Diskussionen beteiligen. Die Veranstaltungen sind von Frauen für Frauen und von Frauen für die Männer. Sie sollen die Frauen stärken und ihnen vorleben, was sie selbst erreichen wollen. Die Veranstaltungen sind von Frauen für Frauen und von Frauen für die Männer. Sie sollen die Frauen stärken und ihnen vorleben, was sie selbst erreichen wollen.



Ines-Angelika Lübke (links) erläutert mit Sonja Massow das Programm der 18. Brandenburgischen Frauenwoche. Foto: Köppen

„Das ganze Leben umarmen“

Bettina Eistel
Autorin

Zumindest zahlenmäßig sind die Potsdamerinnen in der...

VON JANA HAASE
INNENSTADT 77829 Glückwünsche...
sprechern...
sich...
wollte er...
Genau so viele Frauen sind beim...
Männer liegen dagegen mit 7203...
Wochen wurde Potsdam 14. März...
wider begrüßt - eine Frau, die 20-jährige Studentin Tanja Schick, die 20-jährigen Potsdamerinnen aus ihrem zahlenmäßigem Vorteil. „Frauen-Stärken leben mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten!“ lautet das sprichwörtliche Motto der 18. Brandenburgischen Frauenwoche, die vom 7. bis 14. März landesweit und in der Stadt gefeiert werden soll. Gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin und den am Frauenstammtisch zusammenarbeitenden Vereinen und Verbänden hat die Gleichstellungsbeauftragte Kornelia Köppe am 6. März in Kirchzettel richtig. „Das Team lädt zum Tanzen in den Freitag ein und hat sich dafür einiges einfallen lassen. Kornelia Köppe tut geheimnisvoll - für sie ist es die erste Frauenwoche als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt.“

„FrauenStärke“

Dabei werden sie vor Ort gut ausgebildet: Von den 18880 Studentinnen der Uni Potsdam sind 58 Prozent Frauen. Auch Ines-Angelika Lübke, die Oberbürgermeisterin, studiert an der Uni. Ines-Angelika Lübke ist allerdings immer noch nur eine Heide Rose Gerber, die Vorsitzende des Autonomen Frauenzentrums e.V., sieht Frauen heute nicht in einem anderen Licht: „Frauen sind immer noch 25 Prozent unterrepräsentiert.“

1000 Frauen für den Frieden

Das Projekt „1000 Frauen für den Frieden“

Weltweit setzen sich Frauen - oft ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit - für das Wohl der Gemeinschaft ein. Sie rufen zur Versöhnung auf, verlangen Gerechtigkeit und bauen wieder auf, was zerstört wurde. Sie transformieren Konflikte, kämpfen gegen Armut und für Menschenrechte. Sie kreieren alternative Einkommensmöglichkeiten, bilden aus, heilen, reintegrieren HIV-Patienten, setzen sich für den Zugang zu Land und sauberem Wasser ein, finden Lösungen gegen alle Formen der Gewalt und wehren sich gegen die genitale Verstümmelung von Mädchen.

1000 Frauen aus über 150 Ländern wurden 2005 gemeinsam für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Frauen der Basis, die sich mit Fantasie und Hartnäckigkeit für mehr menschliche Sicherheit engagieren. Ihre Arbeit, ihre Netzwerke und Geschichten sind im Buch „1000 PeaceWomen Across the Globe“ sichtbar geworden und gehen mit der gleichnamigen Ausstellung rund um die Welt. Den Friedensnobelpreis haben sie nicht erhalten. Dennoch arbeiten sie mutig weiter.

Weitere Infos unter: www.1000peacewomen.org

Die Ausstellung in Brandenburg



Diese Ausstellung soll auch in Brandenburg möglichst vielen zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck ist sie als Wanderausstellung konzipiert.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung sind verschiedene Projekte möglich:

Im Rahmen der Mädchenarbeit beschäftigen sich Mädchen mit der Biografie einer Friedensfrau, lernen mehr über das Projekt kennen und vertiefen sich in die jeweilige Lebenslage der Frau. Durch die Koordinatorinnen des Projektes kann auch der Kontakt zu einer der porträtierten Frauen hergestellt werden.

Durch die Auseinandersetzung mit den Friedensfrauen wurde auch die Idee geboren, Frauen aus dem eigenen Umfeld zu suchen, die sich in der Heimatstadt, im Heimatdorf oder im Landkreis für den Frieden einsetzen. Die Ausstellung kann und sollte erweitert werden mit aktiven Frauen aus Brandenburg.

Darüber hinaus sind viele Folgeveranstaltungen möglich und wichtig, z.B. Lesungen, Vorträge zu den Ländern und über die Projekte der Frauen etc.

Die Ausstellung kann bestellt werden bei:

Jugendförderverein MIKADO e.V.

Alle weiteren Informationen erhalten Sie bei:

Anke Bienwald, Ketziner Strasse 1, 14641 Nauen

Tel.: 03321 / 453313, Mail: abienwald@yahoo.de

In enger Kooperation zwischen dem Frauenpolitischen Rat Brandenburg, der Gleichstellungsbeauftragten im Havelland und dem Jugendförderverein MIKADO e.V. in Nauen wurde die Ausstellung „1000 Frauen für den Frieden“ nach Brandenburg geholt. Und erstmals anlässlich der Eröffnungsveranstaltung der Frauenwoche 2008 in Brandenburg gezeigt. Das Ziel der Ausstellung ist es, Informationen über die Existenz und die Wichtigkeit der Friedensarbeit von Frauen zu vermitteln. Das Zielpublikum sind Menschen aus aller Welt; SchülerInnen, StudentInnen, Männer und Frauen und Organisationen aller Art.

Ausgewählte Veranstaltungen

Beeskow / Wanda Nikulka

„Ganz ohne Weiber geht die Chose nicht!“

Joel Heilmann, Moderator von BB-Radio Oderland griff den berühmten Berliner Gassenhauer auf, um am 15. März im Schützenhaus Beeskow zur Abschlussveranstaltung der 18. Frauenwoche genau dieses Fazit zu ziehen: „Ganz ohne Weiber geht die Chose nicht!“ Zuvor jedoch hatte er eine prominent besetzte Talkrunde unter dem Motto „Frauen in der Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur, Frauenleben in der Region“ moderiert.

Zu seinen Gesprächspartnerinnen gehörten die Landesgleichstellungsbeauftragte und Ministerin Dagmar Ziegler, Monika Kilian, Kreisgeschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Fürstental und Vorsitzende des Sozialausschusses im Kreistag des Landkreises Oder-Spree, Lieselotte Fitzke, Kreistagsvorsitzende und ehrenamtliche Ortsbürgermeisterin von Grünheide, die Unternehmerin Marina Runge, Hotel-Geschäftsführerin aus Bad Saarow und Dr. Ilona Weser, Beigeordnete und Sozialdezernentin.

So bunt gemixt wie die Talk-Runde, so vielfältig waren auch die Themenstellungen und Fragen dieser Podiumsdiskussion, umspannte doch ihr Motto in der Tat (fast) alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Während Lieselotte Fitzke die Familie als Hort der Geborgenheit pries, der alles trage und für

den man die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen müsse, damit junge Familien im Dorf blieben, sprach Ministerin Ziegler davon, dass Frauen im Arbeitsprozess mancherorts leider noch immer um bis zu 25 % schlechter bezahlt würden als ihre männlichen Kollegen auf gleichen Stellen und dass die Gewerkschaften und starke Betriebsräte hier gegensteuern müssten, da die Politik ja nicht in die Tarifhoheit eingreifen könne. Sie informierte, dass die Landesregierung gegenwärtig verschiedene Projekte aufgelegt habe, um jungen Frauen eine Perspektive zu bieten und sie im Lande zu halten.

Dezernentin Dr. Ilona Weser schilderte kurz ihren eigenen Werdegang, zunächst in einem absoluten „Männerberuf“, bevor sie in die Politik wechselte und sie ermunterte insbesondere die jungen Frauen dazu, immer wieder Neuanfänge zu wagen und auch Führungspositionen anzustreben. Auch die Unternehmerin Marina Runge forderte die Frauen auf, sich wieder mehr auf ihre Stärken zu besinnen und manchmal auch Mut zum Risiko zu haben.

Auf die „leicht ketzerische“ Frage, ob Frauen eine andere Politik machten, als die Männer, ging auch AWO-Chefin Monika Kilian ein, die meinte; Frauen seien sicher prädestinierter für das Soziale und brächten auch ihre Emotionen mit ein. In Sachfragen stünden sie jedoch den Männern in keiner Weise nach.



Ausgewählte Veranstaltungen



Nach der Podiumsdiskussion gehörte die Bühne dem Kabarett „Die Oderhähne“ aus Frankfurt (Oder), die mit ihrem Lachmuskel strapazierenden Programm „Frauen ruinier‘ n die Welt oder Auslaufmodell Mann“ das Publikum zu Begeisterungstürmen hinrissen.

und relativ konstant. Ansonsten ist das Publikum sehr gemischt – genau wie die Veranstaltungen. Mir kommt es nicht auf die Masse an, sagte sie weiter, sondern auf den Inhalt und spannende Diskussionen und Ergebnisse, wie den Frauenpolitischen Stammtisch. Wichtig ist, dass Frauen auch nach der Woche dranbleiben und sich in die Arbeit in der Stadt einbringen.“

Potsdam / Sabina Scheuerer

„Lebendig – Weiblich – Brandenburg“

Mit dem Satz „Wir können alles!“ begrüßte die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam die über 450 Frauen und Gäste im Nikolaisaal, die sich zur traditionellen Frauentagsfeier am 8. März dort eingefunden hatten. Diese bot neben niveauvoller Unterhaltung durch das musikalische Kabarettprogramm von „Caspar und Bianca“ gleich zwei weitere Höhepunkte. In einer moderierten Eröffnungstalkrunde stand die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg Prof. Karin Weiss locker Rede und Antwort zum Thema Interkultureller Dialog. Sie machte deutlich, dass es wesentlich ist, gleichberechtigt in der Unterschiedlichkeit, auf gleicher Augenhöhe in den Dialog zu treten. Unsere Forderung,

Cottbus / Sabine Hiekel

„Es kommt nicht auf die Masse an“

Gesprächsrunden, Theater- und Filmvorführungen, Lesungen und Vorträge, gemeinsames Frühstück oder Beten: Die 18. Brandenburgische Frauenwoche in Cottbus war ein Erfolg. Mehr als 2700 Besucher wurden gezählt und ein Ergebnis der diesjährigen Aktivitäten ist die Gründung des 1. Frauenpolitischen Stammtisches im April.

Mein Favorit ist eine kleinere Veranstaltung gewesen, sagt die Cottbuser Gleichstellungsbeauftragte Sabine Hiekel, nämlich die Gesprächsrunde „Wir wollen nicht nur shoppen“, in der es um das Thema Frauenwahlrecht und Kommunalwahl ging. Bei den meisten Teilnehmerinnen dieser Runde bestand der Wunsch, ein neues parteiunabhängiges Frauen-Netzwerk zu initiieren. Dessen Ziel ist es, künftig mehr Frauen in der Cottbuser Stadtpolitik zu haben.

Auf die Frage, „ob hauptsächlich Eingeweihte zu den Veranstaltungen der Brandenburgischen Frauenwoche kommen, sagte Sabine Hiekel im Gespräch mit einer Journalistin: Es gibt tatsächlich einen festen Teilnehmerkreis, der ist klein



Ausgewählte Veranstaltungen



Ostprignitz-Ruppin / Marlies Grunst

„Uns reicht´s“

Die Auftaktveranstaltung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, die von der Gleichstellungsbeauftragten in Eigenregie vorbereitet wurde, fand am 5. März in Kyritz statt und widmete sich dem Thema „Die Pflegereform und ihre Auswirkungen auf die Situation von Frauen“. Den vielen anwesenden Frauen aus dem Pflegebereich aus dem Herzen sprach die Verdi-Gewerkschaftssekretärin Manon Cochois, als sie die Arbeits- und Einkommenssituation von vielen Beschäftigten in diesem Bereich kritisch beleuchtete. Die Veranstaltung wurde genutzt, um auf die Aktion „UNS REICHT ´S“, die sich gegen Stellenabbau wendet und für bessere Arbeitsbedingungen im Pflegebereich eintritt, aufmerksam zu machen. Ministerin Dagmar Ziegler war ebenfalls zu Gast und hatte reichlich Gelegenheit zum Gedankenaustausch vor Ort. Sie betonte in ihrer Ansprache, dass die Pflege von Angehörigen nicht allein Frauensache, sondern die Angelegenheit aller Familienmitglieder sein müsse.

Interkulturell ging es hingegen in der Kyritzer Beratungsstelle für Spätaussiedler zu. Deren Leiterin hatte zu einer Frauentagsfeier für einheimische und zugewanderte Mädchen und Frauen eingeladen. In einer sehr herzlichen Atmosphäre wurden die mitgebrachten selbstgebackenen Lieblingskuchen verkostet und die jüngsten Erdenbürger neugierig „begutachtet“. Zwei Mädchen begeisterten die Anwesenden mit einer spontanen Tanzdarbietung und nicht zuletzt wurden Sachbücher – vom Kochen und Backen, über Handarbeitstechniken bis hin zur Geburtsvorbereitung – den interessierten Frauen vorgestellt.

dass Migrantinnen sich beteiligen sollen, sei längst erfüllt – „wir übersehen es, dass sie es tun“ – oder es ist schlicht unmöglich wegen fehlender Beteiligungsmöglichkeiten (Stichwort: Kommunalwahlrecht). Des Weiteren merkte die Integrationsbeauftragte an, dass es unsere Aufgabe sei, auf die Migrantinnen zuzugehen und sie zu integrieren. Zweisprachigkeit sei dabei ein wesentlicher Teil der Identität der Zugewanderten und deshalb auch angemessen zu fördern. Abschließend formulierte sie den Wunsch, „genauer hinzugucken und aufzuhören, in Kategorien zu denken.“

Genauer hinzugucken war auch die Absicht der Potsdamer Regisseurin Katharina Riedel. Im Land Brandenburg leben ungefähr 1,3 Millionen Frauen und Katharina Riedel hat im vergangenen Jahr 13 von ihnen im Alter von 18 bis 80 Jahren getroffen. In ihrem Film „lebendig – weiblich – brandenburg“ lässt sie sowohl die Ministerin Dagmar Z. als auch die Verkäuferin Tina M., die Pianistin Anneliese Z. oder die Ökobäuerin Kathrin L. vor der Kamera zu Wort kommen. Entstanden ist eine sensible Dokumentation heutigen Frauentags mit allen Höhen und Tiefen, wie nicht nur die berührenden Geschichten der Kriminaltechnikerin Evelyn V. oder die der Putzfrau Diana W. belegen. Ein schöner Abschluss der begeistert aufgenommenen Film Premiere war der herzliche Empfang, der den anwesenden Protagonistinnen des Films vom Potsdamer Publikum im Nikolaissaal bereitet wurde.

Potsdam-Mittelmark / Ines-Angelika Lübke

„Frauenstärke – Frauen stärken“

Auszug aus der Rede zur Frauentagsfeier

In der Tat ist dieses Bild weit verbreitet: Stark sein heißt wie ein Mann sein.

Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass das nicht mit weiblicher Stärke gemeint ist. Eine starke Frau ist nicht dasselbe wie ein starker Mann. Aber was ist eine starke Frau?

Ausgewählte Veranstaltungen

Was wäre ein weibliches Konzept von Stärke, eines, das sich nicht an der Gleichung stark = Mann orientiert?

Starke Frauen, so meine These, haben etwas gemeinsam: Sie tun Dinge, die eigentlich als unmöglich gelten. In den Augen der anderen und in den eigenen. Ich denke dabei an Frauen wie Dorothea Erxleben, die im 18. Jahrhundert die erste deutsche Ärztin wurde, obwohl Frauen damals gar nicht Medizin studieren durften. Oder an Teresa von Avila, die im 17. Jahrhundert den Karmeliterorden reformierte und damit fast in die Fänge der Inquisition geraten wäre. Oder an Victoria Woodhull, die vor 130 Jahren Präsidentin von Amerika werden wollte und dafür von vielen Männern und Frauen ihrer Zeit angefeindet wurde. Starke Frauen sind mutig, beharrlich, leidenschaftlich, bereit, Risiken einzugehen, um ihre Ziele zu verwirklichen. Sie brechen aus den vorgeschriebenen Bahnen aus und leisten etwas Großes. Das muss nicht immer etwas so Spektakuläres sein, wie bei diesen Beispielen, es kann auch ganz unbemerkt im Privaten sein. Aber es ist groß, im Vergleich zu den Möglichkeiten drum herum. Starke Frauen unterscheiden sich meistens von anderen Frauen

ihrer Zeit. Starke Frauen unterscheiden sich von weniger starken Frauen, sie überragen sie, weil sie mehr wagen, mehr tun, mehr Bereitschaft haben, ein Risiko einzugehen.

Kompetenzen, Fähigkeiten und Qualifikationen haben viele Frauen. Aber das heißt nicht, dass sie auch starke Frauen sind. Zum Beispiel habe ich eine Kollegin, die sich seit Jahren beruflich fortbildet. Sie belegt Kurse in Rhetorik, Zeitmanagement, Power-Point und so weiter, sie häuft immer mehr Wissen und Kompetenzen an. Aber trotzdem ist sie nicht stark, sie kann zum Beispiel andere nicht überzeugen, sie hat wenig Selbstvertrauen, wird bei jeder Kritik schwankend und stellt alles, was sie tut, gleich wieder in Frage. Ich fürchte, das wird sich auch nicht ändern, egal, wie viele Kurse sie noch belegt. Was nützen einer Frau all ihre Kompetenzen und Qualifikationen, wenn sie nicht weiß, wofür sie sie einsetzen will? Wenn sie nicht weiß, was sie begehrt? Wenn sie am Ende gar nichts begehrt?

Liebe Frauen, im Herbst 2008 finden die Kommunalwahlen statt im Land Brandenburg. Die Partizipation von Frauen in politischen Entscheidungsebenen ist gefragt. Machen Sie Ihre Stärke sichtbar, begehren Sie Macht!



Resümee und Ausblick

Mit mehr als 370 Veranstaltungen und über 18.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist die 18. Brandenburgische Frauenwoche unter dem Motto „FrauenStärken leben – Mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ erfolgreich abgeschlossen worden. Nicht abgeschlossen ist dagegen der Prozess, der diesem Motto zugrunde liegt.

Die Beseitigung der bestehenden gravierenden Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen, bei der Besetzung von Gremien, in politischen Ämtern, insbesondere auch auf kommunaler Ebene, ist ein Thema, das auch in Zukunft zu den Zielen frauen- und gleichstellungspolitischen Engagements gehören wird und konsequent verfolgt werden muss. Frauen in ihrem Wirken zu (be)stärken, sich für ihre eigenen und die Rechte anderer Frauen einzusetzen sowie die nach wie vor bestehenden strukturellen Benachteiligungen von Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft effektiv zu bekämpfen, muss auch im Jahr 2009, dem Jahr der Landtags-, Bundestags- und Europawahlen im Land Brandenburg ein konkretes Ziel gleichstellungspolitischer Arbeit und programmatischen Handelns sein. Neben der Auseinandersetzung von Frauen

mit der Notwendigkeit politischen Handelns und des Sicheinmischens gehören dazu die Schaffung frauen- und familienfreundlicher Arbeitsstrukturen als Voraussetzung für politische Teilhabe. Auch die Vermittlung des nötigen Rüstzeuges, wie die Stärkung des Selbstvertrauens und der Kompetenzen, die ein offensives und nachdrückliches Wirken ermöglichen und fördern, sind dafür notwendig. Wie die im Mai 2008 vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie veröffentlichte „Studie zur Lebenssituation von Frauen in Brandenburg“ bestätigt, bestehen hinsichtlich der Partizipation von Frauen an politischen Prozessen erhebliche Reserven. Gleichzeitig drückt die Zunahme der Politikverdrossenheit aber auch die nicht angemessene Berücksichtigung der Interessen von Frauen durch die Politik aus. Auch in diesem Zusammenhang ist es unabdingbar, dass Frauen- und Gleichstellungspolitik im Land Brandenburg endlich die Wertigkeit erhält, die einer Querschnittsaufgabe angemessen ist und die die Interessen von Frauen und Männern in allen Ressorts und auf allen Ebenen der Gesellschaft entsprechend vertritt und umsetzt.

Dank

Unser Dank gilt allen, die zum Gelingen der 18. Brandenburgischen Frauenwoche beigetragen haben. Für die finanzielle und tatkräftige Unterstützung danken wir dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Brandenburg, den Mitgliedern des Beirates Brandenburgische Frauenwoche, den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, zahlreichen Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren, allen Veranstalterinnen, Unterstützerinnen und Unterstützern, Sponsorinnen und Sponsoren und nicht zuletzt allen aktiven Teilnehmerinnen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die Diskussion eingebracht haben.



**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**

